

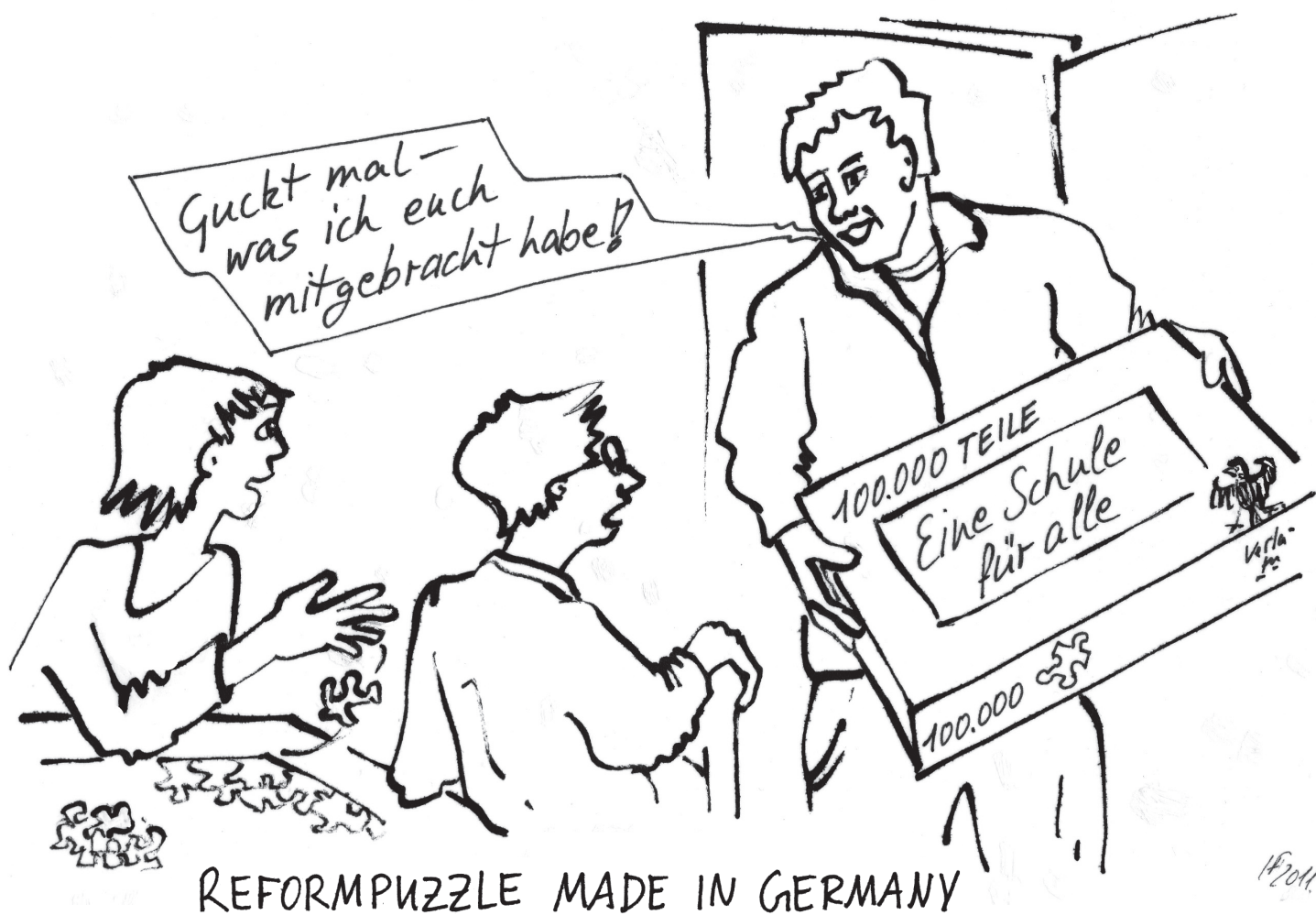
GGG

Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 1/2011



REFORMPUZZLE MADE IN GERMANY

Inklusion macht Schule

So lautet das Motto des 32. Bundeskongresses der GGG in Hildesheim in der Robert-Bosch-Gesamtschule, Trägerin des Deutschen Schulpreises 2007. Erste Informationen zum Kongress-Programm und zum Anmeldeverfahren sind nachzulesen auf

Seite 3

Organisationskizze - IGS Göttingen-Geismar

Im elften Beitrag der Serie skizzieren Lothar Sack und Wolfgang Vogelsaenger die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule, Hospitationsschule beim diesjährigen GGG-Bundeskongress und in der Auswahl zum Deutschen Schulpreis 2011.

Seite 4 ff

Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen

Nach intensiven Diskussionen in Bundesvorstand und Hauptausschuss hat die GGG-Mitgliederversammlung im November 2010 in Berlin das von der MV 2009 beauftragte Strategiepapier beraten und einstimmig beschlossen.

Seite 8 f

Ist die gemeinsame Schule für alle gescheitert?

Die Frage stellt Joachim Lohmann nach der schulreformerischen Niederlage in Hamburg. Sein Fazit: Es gibt weder einen Grund, die Gegner zu diffamieren, noch das Ziel aufzugeben, „doch bei Strategie und Taktik müssen wir dazu lernen.“

Seite 10ff

INHALT

GGG-aktuell

Inklusion macht Schule 3

Serie

Organisationskizze Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen-Geismar 4

GGG-intern

Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen 8

Bildungspolitik

Ist mit Hamburg die gemeinsame Schule für alle gescheitert? 10

Aus den Ländern 15

Termine 19

Jubiläen 19

Kommentar 20

IMPRESSUM

**GGG-Journal – Heft 1/2011 vom
01. März 2011
ISSN 1868-4963**

34. (42.) Jahrgang

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
WEB: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koullis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.06.2011
Redaktionsschluss: 20.04.2011

... vorab bemerkt

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

für die noch folgenden zehn Monate des Jahres 2011 wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute. Es könnte nämlich ein quälendes Jahr werden, denn, wie heißt es doch so schön: Wer die Wahl hat ... Und Wahlen finden 2011 in sieben Bundesländern statt, zwei davon sind Kommunalwahlen, fünfmal werden die Länder-Parlamente neu gewählt und damit diejenigen Menschen, die Schulpolitik maßgeblich bestimmen. Beim Erscheinen der ersten Journal-Ausgabe in diesem Jahr wird Hamburg schon gewählt haben, die Demoskopien erwarten eine GALig-rote Koalition und aus der Anfang-Februar-Perspektive kann man nur hoffen, dass sie sich nicht getäuscht haben. Im März folgen RP und BW, Grün wird die Gewinnerfarbe werden, also könnte es auch in Mainz Rot-Grün geben. Aber was wird die Komplementärfarbe im weitgehend gesamtschulfreien Musterländle? Und wie wird sich der Bremer Schulfrieden bei der Wahl im Mai auswirken?

Vor MV und Berlin liegt im September erst noch der GGG-Bundeskongress, und vielleicht beschert uns das Superwahljahr dazwischen auch noch Wahlen in NRW. Oder SH – dort müsste man zwar erst ein Jahr später gewählt haben, aber wer weiß, ob sich die wankende Landesregierung eine Alleinstellungswahl 2012 leisten will, oder ob nicht vielmehr die Partei-Machterhaltungsstrategien für eine zweijährige Wahlpause bis zur Bundestagswahl im September 2013 sprechen?

Was werden also die Wahlen bringen und welche Folgen wird das für die Struktur unserer Schullandschaft haben? Die GGG hat sich nach intensiv geführter Debatte positioniert: Das von der Mitgliederversammlung 2009 beauftragte Strategiepapier wurde im November 2010 in Berlin einstimmig beschlossen und in dieser Journal-Ausgabe nachzulesen.

Mit Struktur und Strategie befasst sich auch Joachim Lohmann nach der schweren schulreformerischen Niederlage in Hamburg und fordert uns auf zu lernen, damit wir nicht scheitern auf dem Weg zur gemeinsamen Schule für alle.

Es bleibt also spannend und facettenreich, so wie hoffentlich auch die weiteren Beiträge dieses GGG-Journals.

In der elften Organisationskizze beschreiben Wolfgang Vogelsaenger und Lothar Sack die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule. Sie ist Hospitationsschule beim diesjährigen GGG-Bundeskongress und in der Auswahl für den Deutschen Schulpreis 2011.

Im Kommentar bezieht Lothar Sack Stellung zu den Irritationen, die es im Zusammenhang mit dem Beitrag zum 80. Geburtstag Hartmut von Hentigs im letzten Journal gegeben hat.

Die Länderberichte runden die Berichterstattung ab und GGG-intern ehren und danken wir an dieser Stelle unseren „40-jährigen“ Mitgliedern für ihr Engagement oder gratulieren zum 75. Geburtstag.

Und nicht nur Wahlen, auch große GGG-Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Unter dem Motto *Inklusion macht Schule* findet der 32. Bundeskongress an der Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule, Trägerin des Deutschen Schulpreises 2007, statt. Erste Informationen gibt es aktuell in dieser Ausgabe.

Und natürlich, liebe Leserinnen und Leser, haben Sie die Wahl, dieses Journal zu lesen oder gleich abzulegen. Ich wünsche mir, dass Sie es mindestens bis hierhin geschafft haben und hoffe, sie „kreuzen“ noch ein wenig durch die nächsten Seiten – ich meine, es lohnt sich.

Ihr


Michael Hüttenberger



LOTHAR SACK

Inklusion macht Schule

Der 32. GGG-Bundeskongress in der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim

Die ersten Gesamtschulen in Niedersachsen werden dieses Jahr 40 Jahre alt. Zu den Jubiläumsschulen gehört auch die Gastgeber-schule, die Robert-Bosch-Gesamtschule. Sie wurde 2007 mit dem deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Wir, die GGG, freuen uns, dort zu Gast sein zu dürfen und danken dafür herzlich. Wir wissen, welche Arbeit ein solcher Kongress für die Schule bedeutet. Das Kongress-Programm beinhaltet am Freitagvormittag die Gelegenheit, eine von zehn Schulen zu der Region (Hildesheim, Hannover, Göttingen, Peine, Braunschweig, Wolfsburg zu Hospitationen zu besuchen. Die Hauptabsicht ist dabei, einen Einblick in die Arbeit der Schulen zu erhalten. Dabei steht der inhaltliche Schwerpunkt im Vordergrund. Die Arbeitsgruppen am Nachmittag sind unabhängig von den Hospitationen. Sie dienen der Vertiefung einzelner Aspekte der pädagogischen Praxis (u. a. Elternarbeit, Unterrichtsentwicklung, Change-Management, Klasseninterne Differenzierung, individuelles Lernen).

Wiederum nehmen wir den Kongress zum Anlass, uns international umzusehen. Diesmal haben wir Experten aus Norwegen, Schottland, Südtirol und Polen eingeladen, um uns von ihnen über die aktuelle schulpolitische Situation und Entwicklung in ihren Ländern berichten zu lassen; es besteht Gelegenheit zur Nachfrage und Diskussion. Alle Arbeitsgruppen werden am Sonnabendvormittag wiederholt.

Das Motto des Bundeskongresses wird im Rahmen unserer bildungspolitischen Diskussion am Freitagabend aufgegriffen und in einem Vortrag von Ulf Preuß-Lausitz am Sonnabend vertieft. Der spätere Freitagabend dient dem entspannten Gespräch. Am Sonnabendnachmittag besteht die Möglichkeit, die Weltkulturschätze Hildes-

heims kennen zu lernen. Die Mitgliederversammlung der GGG mit Wahlen zum Bundesvorstand findet nicht mehr am Sonntag, sondern am Sonnabendnachmittag statt.

Unter dem Kongressmotto *Inklusion macht Schule* wollen wir als GGG deutlich machen, dass die Realisierung der inklusiven Schule nicht nur eine andere Schulkultur erfordert, die geprägt ist von der Verantwortung für jedes einzelne Kind, vom Respekt vor der Einzigartigkeit jedes Kindes und vom Vertrauen in die Fähigkeiten ei-

nes Kindes, sondern auch eine integrative Schulstruktur: Die inklusive Schule und das selektive Schulsystem in Deutschland stehen zueinander in einem unauflöselichen Widerspruch.

Der Kongressbeitrag beläuft sich auf 45,00 EUR für GGG-Mitglieder, Student/innen und Lehrer/innen im Vorbereitungsdienst, 90,00 EUR für Nichtmitglieder. Nichtmitglieder, die anlässlich der Tagung in die GGG eintreten, zahlen keinen Teilnahmebeitrag. Korporative Mitglieder können bis zu drei Angehörige zum Preis von 45,00 EUR anmelden. Die Anmeldung zum Kongress ist ab 01.05.2011 möglich (ausschließlich über Online-Formular auf der Website der GGG) und wird mit der Überweisung des Teilnahmebeitrags (unter Angabe des Namens und ggf. der Mitgliedsnummer) auf das Konto der GGG 40001927, BLZ 28550000, Sparkasse Leer Wittmund) verbindlich. ♦

Inklusion macht Schule

32. Bundeskongress der GGG vom 16. bis 17.09.2011
in der Robert-Bosch-Gesamtschule, Hildesheim

Vorläufiges Programm (Stand 10.02.2011)

Freitag, 16.09.2011

09.00 – 12.00 Hospitationen an Schulen der Region

12.00 – 15.00 Mittagspause

15.00 – 17.00 Arbeitsgruppen / Seminare

17.00 – 19.00 Abendessen

19.00 – 21.00 Offizielle Kongresseröffnung und Bildungspolitisches Forum

Bernd Althusmann (Kultusminister NI, angefragt), Eberhard Brandt (GEW-Landesvorsitzender NI), Prof. Dr. Andreas Hinz (Halle, angefragt), Olaf Lies (SPD-Landesvorsitzender NI), Lothar Sack, GGG- Bundesvorsitzender, weitere TN angefragt

Moderation: Saskia Döhner (HNA, angefragt)

ab 21.00 Gesprächsmöglichkeiten in entspannter Atmosphäre

Samstag, 17.09.2011

09.00 – 10.00 Vortrag Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz (Berlin, angefragt):
Inklusion macht Schule

10.30 – 12.30 Arbeitsgruppen / Seminare (Wiederholung vom Freitag)

12.30 – 13.00 Abschlussplenum

13.00 – 14.00 Mittagspause

14.30 – 16.30 GGG-Mitgliederversammlung

14.00 – 16.00 und 17.00 – 19.00 Führungen durch Hildesheim

SERIE

WOLFGANG VOGELSAENGER UND LOTHAR SACK

Organisationskizze Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen-Geismar

Beschreibung der Schule

Adresse: Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen-Geismar, Schulweg 22, 37083 Göttingen, Telefon: 0551-4005134, Web: www.igs-goettingen.de, E-Mail: igs@goettingen.de

Schulleiter: Wolfgang Vogelsaenger

Ansprechpartner: Wolfgang Vogelsaenger

Art: Staatliche Schule, Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (Jahrgänge 5 bis 13)

Lage, Gelände, Gebäude: Die Schule liegt mit 5 weiteren Bildungseinrichtungen auf einem ca. 11 ha großen Gelände in Geismar, einem südlichen Stadtteil Göttingens. Auf dem Gelände sind Schulgarten, Klettergerüste, Skateranlage und Beachvolleyballfeld, jedoch keine weiteren Sportfreianlagen. Der Schule steht ein kompaktes Gebäude mit vier Etagen zur Verfügung. Es wurde gemäß der pädagogischen Konzeption errichtet und ging ab 1975 in Betrieb. Das Schulgebäude umfasst alle Klassenräume und Fachräume für die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe, Mensa und Sporthalle; außerdem sind vorhanden: Bibliothek, Musikzellen, Theater, Kino, Videoschnittraum, Autowerkstatt, Billardraum, Spielezentrale, 2 Cafeterien, Teestube, Diskothek.

Größe, Aufbau: Schüler/innen: ca. 1500, Mittelstufe (Jg. 5–10, 6-zügig): ca. 1060, Oberstufe (Jg. 11–13): ca. 450, ca. 140 Lehrer/innen (einschl. 4 Sonderpädagog/inn/en.), 6 Sozialpädagog/innen, 2 Hausmeister, 2 Bibliothekare, 3 Sekretärinnen, 2 Schullassistent/innen, 2 Köche, 8 Küchenhilfen, 8 Reinigungskräfte.

Geschichte: Zu Beginn der 70er Jahre konzipierte eine Planungsgruppe des pädagogi-

schen Seminars der Universität Göttingen unter Beteiligung von Lehrern und Eltern die Gesamtschule Göttingen-Geismar. Dabei wurde u. a. des „Team-Kleingruppen-Modell“ (TKM) entwickelt. Erfahrungen aus Schweden sowie der ersten Gesamtschul-Generation wurden berücksichtigt. Die Schule nahm 1975 den Betrieb auf. Die grundlegenden pädagogischen Prinzipien gelten bis heute, so das Lernen in heterogenen Gruppen ohne äußere Leistungs-differenzierung. Die Schule gehört zu den 6 deutschen Schulen, die von den Differenzierungsvorschriften der Kultusministerkonferenz ausgenommen wurden. Die ersten Jahre wurden intensiv wissenschaftlich begleitet, bis heute besteht enger Kontakt zur Universität Göttingen (u. a. wissenschaftliche Evaluationen). Die Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, u. a. den Deutschen Präventionspreis 2010. Für den Deutschen Schulpreis 2011 ist die Schule im Nominierungsverfahren.

Schülerschaft: Die Zusammensetzung der Schüler/innen ist für Göttingen bevölkerungsrepräsentativ (10% mit Hauptschulempfehlung, 25% mit Realschulempfehlung, 63% mit Gymnasialempfehlung, ca. 20 Integrationskinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf). Aufgenommen werden Kinder aus der Stadt und dem Umland.

Leitideen

„Wir stehen dafür ein,

- dass wir von einem Gesellschaftsbild ausgehen, das auf soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und auf die Würde des Menschen ausgerichtet ist

- dass wir als Schule Verantwortung für die Schüler/innen übernehmen, die in unsere Schule übernommen werden bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Schule nach der 9. (selten), 10. oder 13. Klasse, womit wir die Eltern nicht von ihrer erzieherischen Verantwortung entbinden wollen
- dass diese Verantwortung in der Regel von möglichst konstanten Lehrerteams übernommen wird
- dass alle Schüler/innen willkommen sind und kein/e Schüler/in von der Schule geschickt wird, es sei denn, er gefährdet die Sicherheit der anderen Schüler/innen
- dass unsere Ausbildung ein hohes Niveau hat
- dass sich unsere Lehrer/innen weiterbilden und ihre neuen Kenntnisse mit den anderen teilen
- dass wir möglichst jeder/m Schüler/in ihren/seinen individuellen Lernweg und ihre/seine individuellen Perspektiven für das Leben nach der Schule eröffnen
- dass das, was an unserer Schule als Gesamtkonzept im Unterricht und im Schulleben gelernt wird, das ist, was die Schüler/innen in der Gesellschaft erfolgreich werden lässt
- dass auch die Eltern in den Lern- und Erziehungsprozess einbezogen werden
- dass sie aber auch durch eine verlässliche Ganztags-Betreuung in ihrer beruflichen Situation entlastet werden
- dass die Entscheidungen, die den Arbeitsplatz von Lehrer/innen und anderen Beschäftigten betreffen, in größtmöglicher Partizipation und Transparenz getroffen werden
- dass so weit wie möglich diejenigen über ihre Arbeitsbedingungen entscheiden können, die es direkt betrifft.“

(Auszug aus dem Leitbild)

Bausteine

Alle Abschlüsse: Alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur können erworben werden.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Team-Kleingruppen-Modell:

Die Schule ist gegliedert in 6 Jahrgänge der Mittelstufe und die Oberstufe. Jeder Jahrgang ist organisiert in 6 Klassen, ihm steht ein Raum-Cluster zur Verfügung. Jedem Jahrgang ist ein Lehrerteam zugeordnet.

Raumcluster: Ein Raum-Cluster umfasst auf einer Etage sechs Klassenräume, Lehrerteam-Raum, PC-Raum, Materialraum, Toiletten und i. d. R. ein Gruppenraum (für die Integrationsklasse). Die Räume des Jahrgangs gruppieren sich um einen Jahrgangstreff (ca. 120 m²), der für Gruppenarbeit, Pausenaufenthalt, Aufführungen und Ausstellungen dient.

Lehrerteam: Zu einem Lehrerteam gehören ca. 15 Pädagog/innen: die beiden Klassenlehrer/innen jeder Klasse (möglichst Frau und Mann) sowie Lehrer/innen mit ihrem Arbeitsschwerpunkt im Jahrgang. Sie haben ihren Arbeitsplatz im Lehrerteam-Raum; es gibt kein zentrales Lehrerzimmer. Das Lehrerteam berät regelmäßig. Der/die Jahrgangsteiler/in vertritt den Jahrgang nach außen.

Tischgruppen (Schülerteam): Jede Klasse (ca. 30 Schüler/innen) ist in Tischgruppen (Teams) mit ca. je 6 Schüler/innen für ca. ein Jahr organisiert. Die Tischgruppen gelten für alle Unterrichtsveranstaltungen (bis auf Wahlpflichtbereich und Wahlangebote). Die Zusammensetzung erfolgt unter Mitwirkung der Schüler/innen nach folgenden Regeln:

- In jeder Tischgruppe lernen Jungen und Mädchen gemeinsam.
- Jeder sollte mindestens eine/n Wunschpartner/in in der Gruppe finden.
- In jeder Tischgruppe sitzen Schüler/innen mit unterschiedlichen Stärken und Begabungen.
- In jeder Gruppe arbeiten Schüler/innen, die leicht lernen, gemeinsam mit Schüler/innen, die beim Lernen Schwierigkeiten haben.

Tischgruppenabende: Im Schulhalbjahr finden zwei Tischgruppenabende reihum in den Elternhäusern statt (also 20 pro Klasse

und Jahr). Es nehmen teil die Schüler/innen der Tischgruppe, ihre Eltern und mindestens eine/r der Klassenlehrer/innen. Auf den Tischgruppenabenden stellen Schüler/innen Schulfächer vor, berichten über Projekte und Lernergebnisse; die Tutor/innen erläutern die Lernentwicklung. Meist folgt ein Eltern-Lehrer-Gespräch. Der offizielle Teil (1½ bis 2 Stunden) geht oft in ein Gespräch über, das Eltern und Schüler/innen unter sich führen.

Klassenräume: Jede/r Schüler/in erhält für die Schulzeit einen Stuhl (mit verstellbaren Fußstützen). Die Sitzordnung folgt den Tischgruppen, alle Lehrer/innen respektieren sie. Jede/r Schüler/ in hat einen Trolley zur Aufnahme aller Arbeitsmaterialien. Im Klassenraum befinden sich weitere Materialien, u. a. Tischgruppenaufträge, Sammlung der Klassenarbeiten, Bücher, Mappen. Oft stehen die Türen während der Unterrichtszeit offen.

Integration: In vier Jahrgängen der Sekundarstufe I gibt es eine Integrationsklasse mit 4 bis 5 Schüler/innen mit unterschiedlichem sonderpädagogischem Förderbedarf. Sonder- und Sozialpädagog/innen leisten die Betreuung, sie sind fest an der Schule.

Innere Differenzierung: Lernen findet grundsätzlich in leistungsheterogenen Gruppen (Klasse, Tischgruppe) statt.

Lernen in Zusammenhängen: Die Fächer Chemie, Physik und Biologie sind zum Fach Naturwissenschaften zusammengefasst, die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Religion zum Fach Gesellschaft-Religion. Darüber hinaus findet Lernen in vielfältigen Zusammenhängen in Projektform statt.

Schulinternes Curriculum: Für alle Jahrgänge wurde ein schulinternes Curriculum erstellt. Es besteht aus der Beschreibung der pädagogischen und methodischen Schwerpunkte jedes Jahrgangs sowie den jeweiligen Fachcurricula. Für die Weiterentwicklung des schulinternen Curriculums koordiniert

der didaktische Leiter ein Verfahren der Weitergabe an den Folgejahrgang, dabei sind Überarbeitungen möglich.

Keine Noten bis Jahrgang 8; kein Sitzenbleiben: Bis zum zweiten Hälfte der 8. Klasse wird nicht benotet. Über jede/n Schüler/in werden Lernentwicklungsberichte (LEB) erstellt, in die neben den schulischen Leistungen auch das Lernen in der Tischgruppe und das soziale Verhalten Eingang finden. Diese Lehrer-LEB sind erst gültig, wenn sie mit den Schüler/innen-LEB, die die Schüler/innen selbst schreiben, zusammengeheftet sind. Die LEB werden mit den Schüler/innen und den Eltern auf dem letzten Tischgruppenabend erörtert. Nach den rechtlichen Regelungen für Gesamtschulen in Niedersachsen gibt es kein Sitzenbleiben.

Tages-, Wochenstruktur, Ganztag: Die Schule beginnt 7.50 Uhr und endet um 15.35 Uhr, mittwochs um 13.05 Uhr, am Mittwochnachmittag finden Konferenzen statt. Die Lehrerteams sind dezentral zuständig für die Gestaltung der Jahrgangsstundenpläne, die Organisation der Vertretungen und Aufsichten. Bis auf Wahlpflicht- und Wahlbereich findet der Unterricht im Klassenverband statt. Tutor/innenstunden sowie möglichst täglich eine Arbeits- und Übungsstunde (AuÜ) sind vorgesehen. Ein Pausensignal gibt es nicht.

Mittagessen: Alle Schüler/innen werden bei der Schulanmeldung zur Teilnahme am Mittagessen verpflichtet; so gut wie alle Schüler/innen nehmen teil. Es stehen immer mehrere Essen zur Auswahl.

Tutor/innen-Stunden: In den im Stundenplan verankerten Tutor/innen-Stunden werden Klassenangelegenheiten (Projekte, Vorhaben, Fahrten) aber auch der Arbeitsfortgang und die Situation innerhalb der Tischgruppen besprochen.

Arbeits- und Übungsstunden: Die AuÜ-stunden stehen sowohl für das Üben und Festigen von Unterrichtsthemen, als auch

für die Arbeit an umfangreichen Aufgaben zur Verfügung.

Wahlpflichtbereich: Ab Jahrgang 7 gibt es vierstündig den Wahlpflichtbereich, ab Jahrgang 9 kommen 2 weitere Stunden hinzu. Die Schüler/innen wählen z. B.: Französisch, Spanisch, Latein, Arbeit/Wirtschaft/Technik, Informatik & angewandte Mathematik, Darstellendes Spiel/Musik und Theater, Naturwissenschaften, Kunst, Sport, Gesellschaftslehre.

Langzeitarbeiten: Beginnend in Jahrgang 5 (Dauer ca. 4 Wochen) bis Jahrgang 10 (Dauer 1/2 Jahr) fertigen die Schüler/innen Langzeitarbeiten an. Diese stehen oft im Zusammenhang mit Fahrten, häufig sind sie Grundlage für Präsentationsprüfungen. Die Ergebnisse werden der Schulgemeinde präsentiert.

Wahlbereich (Arbeitsgemeinschaften): Die Schüler/innen des 5. und 6. Jahrgangs wählen jeweils für ein halbes Jahr am Dienstag nachmittag einen „Club“: Batik, Foto, Zirkus, Ballspiele, Selbstverteidigung, Zeichnen, Karaoke, Schwimmen, Seidenmalerei, Schülerbands, Experimentierclub, Wassersport, Theater, E-Mail-Club. Der Wahlbereich ab Jahrgang 7 liegt nachmittags am Donnerstag: Kunst, Musik (3 Bands), Improtheater, Geschichtenwerkstatt, Förderangebote, Experimentieren, Sport (10 verschiedene Sportarten), Kochen, 2 Schülerfirmen, Schülersanitätsdienst, Zirkus, Zeitung/Radio, Mediengestaltung. Die Wahlangebote leiten Lehrer/innen, Sozialpädagoge/innen, Eltern, außerschulische Kräfte, Student/innen und ältere Schüler/innen.

Projekte, Vorhaben: Im Wahlbereich und (nach Festlegung im Jahrgangsteam) im Pflicht- und Wahlpflichtunterricht werden Intensivphasen in Projektform durchgeführt. Als Lernort dient hierfür oft das Schullandheim *Hoher Hagen*. Die Ergebnisse werden der Schulgemeinde präsentiert, u. a. in der etwa monatlichen Jahrgangsfeier.

Projekt International Education: Das Projekt begann 1993 mit 5 Schulen aus 3 Ländern; mittlerweile arbeiten 18 Schulen aus 7 europäischen Ländern zusammen. Jede Schule bietet jährlich mindestens ein ca. einwöchiges Projekt an, zu dem die anderen Schulen eingeladen werden. Adressaten sind vorwiegend die 16 bis 18-jährigen; die Teilnehmer sollen aus mindestens drei verschiedenen Nationen kommen.

Bibliothek: Hauptamtliche Bibliothekare betreuen die Bibliothek (35.000 Einheiten) einschließlich der Lehr- und Lernmittel. 80 Arbeitsplätze stehen Lehrer/innen und Schüler/innen zur Verfügung. Schüler/innen arbeiten hier unter Anleitung oder selbstständig auch während des Unterrichts.

Schülerfahrten: Es gibt jährliche Klassenfahrten. Für diese und Kurzaufenthalte (Projektlernen ohne Stundenplan) steht das Schullandheim *Hoher Hagen* zur Verfügung. Die Träger dieses Hauses sind zwei Schulfördervereine und der Verein für außerschulische Bildung. Im Projekt International Education und darüber hinaus existieren regelmäßige Austauschprogramme mit Frankreich, Spanien, England, Polen, Argentinien, Italien und den Niederlanden.

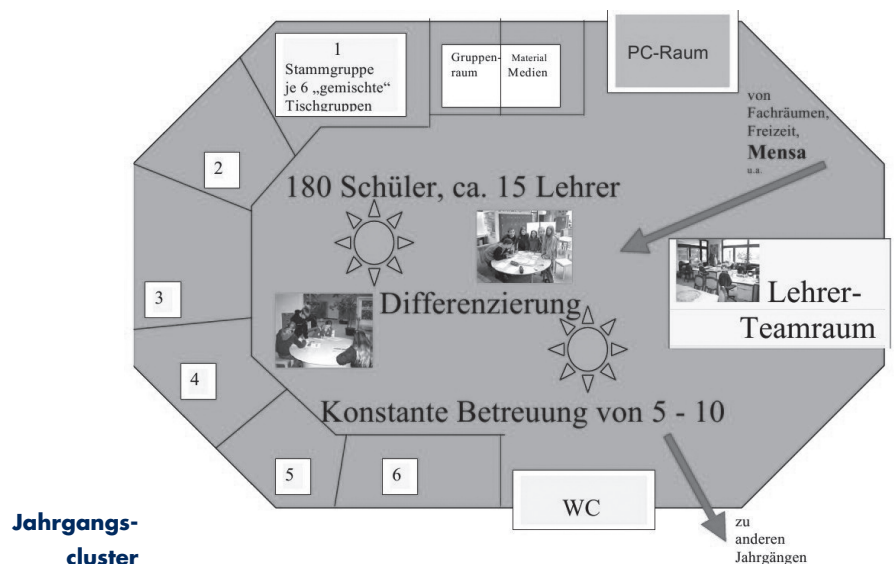
Schulsozialarbeit: Das Spektrum der Aufgaben der Sozialpädagoge/innen reicht von Spiel- und Beschäftigungsangeboten, Inter-

essen- und Freizeitgruppen (themengebundene Arbeitsgemeinschaften oder Clubs), außerunterrichtlichen Veranstaltungen (Klassenfahrten, Schüleraustausch, Pausenangebote, Wochenendangebote, Bildungsseminare, Kulturveranstaltungen), Betreuung der Freizeitstationen (Schüler/innen-Cafe, Spiele-Zentrale, Teestube, Billardraum, Disco), erlebnispädagogischen Angeboten (Steilwandklettern, Kanuwandern) über die Integration ausländischer Schüler/innen bis hin zur Hilfe bei Familienkonflikten oder Schulangst. Die Sozialpädagoge/innen arbeiten in den Integrationsklassen mit und übernehmen Aufgaben im Beratungsteam der Schule.

Beratung: Ein Beratungsteam von ca. 10 Personen (Sozialpädagoge/innen und Beratungslehrer/innen) steht für Schüler/innen und Lehrer/innen zur Verfügung, die persönliche Hilfe bei Problemen oder Schwierigkeiten suchen. Einer der Beratungsschwerpunkte ist die Berufsberatung im Rahmen der Berufsorientierung.

(Betriebs-)Praktika: In Jahrgang 9 nimmt jede/r Schüler/in am 3-wöchigen Betriebspraktikum im Mai teil. In Jahrgang 12 findet ein zweites 14-tägiges Praktikum im September statt; es wird oft mit der Anfertigung von Facharbeiten verbunden.

Öffnung der Schule: Mit der Planungsgruppe bei der Gründung der Schule begann die



Zusammenarbeit mit außerschulischen Stellen; heute besteht ein enges Netzwerk u. a. mit Göttinger Betrieben, Verwaltungseinrichtungen, Universitätsinstituten, Banken und Sparkassen. Diese Kooperation ist Basis für die Betriebspraktika einschließlich der Präsentation unter Beteiligung der Praktikumsbetriebe, Fachpraktika für Lehrer/innen, einen durch die Schule organisierten Hochschultag, die Beteiligung an den Hochschultagen der Universität, eine systematische Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, Podiumsdiskussionen in der Schule mit Betriebs-, Hochschul-, Arbeitsamts-, Verbands- und Gewerkschaftsvertretern, regelmäßige Informationsveranstaltungen mit ehemaligen Schüler/innen, ein „kleines Studium Generale“ im 13. Jahrgang mit Hochschulvertretern (Projekttag). Verbindliche Vereinbarungen bestehen mit ca. 12 Institutionen u. a. mit Fa. Zeiss, Fachhochschule für Physik-, Mess- und Feinwerktechnik, Deutsches Theater Göttingen, Junges Theater Göttingen, Fakultät für Chemie, Stadtbibliothek, Deutscher Tonkünstlerverband, Sartorius, Telekom, Laserlaboratorium, BBS. Pädagogikstudent/innen arbeiten an verschiedener Stelle der Schule: beim Lesetraining, als Lernbegleiter, als Leiter von Wahlangeboten. Diese Tätigkeit wird im pädagogischen Seminar aufbereitet. Im Rahmen von Schulpraktika übernehmen sie Beobachtungsaufträge und führen Untersuchungen durch, die zwischen Seminar und Schule vereinbart sind. Die Schule arbeitet im Schulverbund *Blick über den Zaun*, war Beraterschule im Bündnis Reformzeit (Robert-Bosch-Stiftung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung).

Schulpartnerschaft mit Nicaragua: Schüler/innen (und andere) spenden monatlich EUR 10,00; damit wird einem Kind in der nicaraguanischen Stadt La Paz Centro der Schulbesuch ermöglicht. Diese Partnerschaft besteht über den Göttinger Nicaragua Verein seit 1988; mittlerweile existieren mehr als hundert „Patenschaften“. Der Kontakt zu den nicaraguanischen Schüler/innen besteht in regelmäßiger Korrespondenz, 1998 und 2000 fanden Schüleraustausche statt. Etlliche Schüler/innen der Schule haben ein Praktikum in La Paz Centro absolviert.

Rituale: Aus Schweden wurde übernommen: Alle Mitglieder der Schulgemeinde duzen sich.

Kommunikation/Schulentwicklung/Gremien: Spezifisch für die Schule sind die Teamkonferenzen, die kollegiale Schulleitung (KSL-Schulleitungsteam), die Treffen der Jahrgangleiter/innen, die Pädagogisch-didaktische Konferenz (PäDiKo).

Die KSL besteht aus 8 Mitgliedern: Schulleiter, stellv. Schulleiter und Organisationsleiter, Didaktischer Leiter, Leiterin der Sek I, Leiterin der Sek II, Koordinator Sek II sowie zwei hinzu gewählte Mitglieder (zuständig für Haushalt/Integrationsklassen sowie Kooperationspartner/Praktika). Sie trifft sich wöchentlich. Bei Personalfragen nimmt ein Personalrat teil. Einmal im Monat tritt die KSL mit Vertretern des Elternrates zusammen. Die KSL setzt zwei Ausschüsse ein, die den Haushalt der Schule (Etatkonferenz) und den Personaleinsatz (Unterrichtsverteilungskonferenz, UVK) vorbereiten. In der Etatkonferenz sind alle Bereiche der Schule vertreten. Die UVK besteht aus Vertretern aller Jahrgänge und einem Personalrat. Nach den KSL-Sitzungen tagen die Jahrgangleiter mit Mitgliedern der KSL.

Die PäDiKo besteht aus dem didaktischen Leiter, Jahrgangleitern, Fachbereichsleitern, interessierten Kollegen, vom Schulleiternrat benannten Eltern und vom Schülerrat benannten Schüler/innen. In der PäDiKo werden alle wichtigen, das Schulprogramm, das Schulprofil und die pädagogische Arbeit betreffende Entscheidungen vorbereitet und dem Schulvorstand und zur Entscheidung der Gesamtkonferenz vorgelegt. Im Anschluss an die PäDiKo tagt die Elternvertretung und wird über deren Beratungen informiert.

Kommentar

Die Darstellung widmet sich schwerpunktmäßig der Sekundarstufe I (Jg. 5 bis 10). An der Georg-Christian-Lichtenberg-Gesamtschule melden sich jedes Jahr etwa doppelt so viele Schüler/innen an, wie Plätze vorhanden sind. Unter diesen Schüler/innen sind mehr für das Gymnasium

Empfohlene als sich bei jedem Göttinger Gymnasium anmelden (25 % können nicht aufgenommen werden), außerdem befinden sich fast alle Schüler/innen mit einer Hauptschulempfehlung darunter (d. h. die Göttinger Hauptschulen erhalten ihre Schüler/innen fast ausschließlich durch nicht an der Lichtenberg-Schule aufgenommene). Die Aufnahme erfolgt bevölkerungsrepräsentativ. Ca. 75 % der Schüler/innen erreichen die gymnasiale Oberstufe, ca. 20 % den Realschulabschluss, etwa 4 % einen Hauptschulabschluss nach Klasse 10; nur einzelne Schüler/innen verlassen die Schule mit (einfachem) Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss. Ca. 10 % der Schüler/innen verbessern den tatsächlich erreichten Abschluss noch im Laufe des 10. Schuljahres. Die Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule belegt eindrücklich, dass bei konsequenter innerer Differenzierung hohe Schülerleistungen realisierbar sind. In allen Leistungsvergleichen rangiert die Schule unter den ersten 10 % der niedersächsischen Schulen.

Zu den Erfolgs-Faktoren der Schule gehören

- das durchgängige Teamkonzept: Lehrer/innen und Schulleitung sind Vorbilder für die Schüler/innen
- ein erprobtes umfangreiches Repertoire pädagogischer Aktivitäten
- die weitgehende Autonomie der Jahrgangsteams, die eine Anpassung der Lernarrangements an die Bedürfnisse der Schüler/innen ermöglicht
- ein enges Netz von Aktivitäten, welches die Schule im sozialen Umfeld verankert.

Durch die enge Kooperation mit dem pädagogischen Seminar der Universität ist die Schule eine der wissenschaftlich am gründlichsten untersuchten in Deutschland.

Quellen

Wolfgang Vogelsaenger ist Schulleiter der Georg-Christoph-Gesamtschule. Ausführlicher informiert die Website www.igs-goettingen.de.

Stand: Januar 2011 ♦

Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen

Die Situation

Nach längerer Abstinenz in Fragen der Schulstruktur ist in jüngster Zeit (Stand Herbst 2010) erhebliche Bewegung in die bildungspolitische Debatte gekommen. Dabei gestalten sich die Entwicklungen in den Bundesländern uneinheitlich und unübersichtlich. Eine starke Ungleichzeitigkeit sowie Unterschiede bei Einzelregelungen und beim verwendeten Vokabular prägen die Situation. Dennoch sind gemeinsame Tendenzen zu erkennen, u. a.:

- **Integrative Schulen (in allen Bundesländern):** Heute gibt es Gesamtschulen oder ähnlich arbeitende Schulen – hiermit sind Schulen gemeint, die zu allen Abschlüssen führen und entsprechende Lernangebote machen – in allen Bundesländern; ihre langfristige Existenz ist nicht überall gesichert (z. B. Sachsen). Der Anteil dieser Schulen reicht von Einzelfällen *Bayern* (2), *Baden-Württemberg* (3), *Sachsen* (9), *Sachsen-Anhalt* (4), *Thüringen* (bisher 7) künftig bis zu über 50 % der Sekundarstufenschulen (Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Saarland) und deutlich mehr (Bremen).
- **Einerseits wenig Bewegung (in 6 Bundesländern):** In einigen Bundesländern stagniert der Anteil integrativ arbeitender Schulen (Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt). Allerdings haben sich insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern Initiativen Gehör verschafft, die längeres gemeinsames Lernen einfordern.
- **Andererseits Neugründungen integrativer Schulen (in 10 Bundeslän-**

dern): In den anderen Bundesländern (Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland, Thüringen) steigt – in unterschiedlichem politischem Kontext – der Anteil integrativ arbeitender Schulen.

- **durch lokale Initiativen:** In zwei Bundesländern (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) gab und gibt es eine Welle örtlicher Initiativen zur Gründung von Gesamtschulen, bei denen zum Teil erhebliche Interessenunterschiede zwischen Region und (bisheriger) Landespolitik manifest werden. Trotz massiver Behinderungen durch die bisherigen Landesregierungen waren und sind viele dieser Initiativen erfolgreich.
- **durch Regierungshandeln:** In anderen Bundesländern (Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland, Thüringen, seit kurzem Nordrhein-Westfalen) erfolgt die schulstrukturelle Umgestaltung als Teil der Regierungspolitik.
- **Keine Haupt- und Realschulen mehr (in 11 Bundesländern):** In sieben Bundesländern (Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) gab es bisher schon keine klassischen Haupt- und Realschulen (mehr). Nun kommen weitere vier Bundesländer hinzu (Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein), in denen diese Schulen in additiven oder integrierten Systemen aufgehen.

- **Alle Abschlüsse in allen Sek I-Schulen (in 4 Bundesländern):** In vier Bun-

desländern (Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland) umfassen alle diese Schulen auch den Weg zum Abitur als Grundbestandteil ihrer Konzeption.

- Damit führen dort alle Schulen der Sekundarstufe zum Abitur. Das Monopol der Gymnasien auf das Abitur ist damit endgültig aufgehoben.
- Meist dürfen die Gymnasien – zumindest ab Jahrgang 8 – dann auch keine Schüler mehr abschulen, die Gymnasien werden also auch Haupt- und Realschulabschlüsse zu vergeben haben. Hier werden künftig alle Schulen der Sekundarstufe alle Abschlüsse vergeben, in den meisten Bundesländern bisher ein Merkmal nur der Gesamtschulen.
- In diesen Bundesländern wird es nach Abschluss der Umwandlung in der Sekundarstufe I mehr integrative Schulen als Gymnasien geben, der größere Teil der Schüler besucht dann integrative Schulen. Das führt zu der Frage, welche spezifische Aufgabe eigentlich das Gymnasium erfüllt neben der Schule, die grundsätzlich alle Schüler aufnimmt und zu allen Abschlüssen führt.

Darüber hinaus

- ist zwar in keinem Bundesland die Existenz der Grundschule als integrative Schulform gefährdet, aber hier und da wird versucht, in ihr selektive Elemente zu verstärken,
- wird in keinem Bundesland ernsthaft die systematische Einbeziehung des Gymnasiums in die integrative Schule verfolgt,
- wurde in keinem Bundesland bisher die Entwicklung zu einem wirklich inklusiven Schulsystem konsequent eingeleitet.

Wie wir damit umgehen

Die GGG fördert die Idee des gemeinsamen Lernens und unterstützt alle Schulen, die diesem Ziel verpflichtet sind. Die GGG beurteilt konkrete Maßnahmen danach, ob sie Schritte hin zu einer gemeinsamen Schule für alle bzw. Schritte zur Gestaltung eines Schulsystems ohne Aussonderung sind. Das

bezieht die Ausgangsposition im jeweiligen Bundesland ein: So könnte dieselbe Entscheidung (z. B. neben dem Gymnasium nur additiv arbeitende Gesamtschulen zuzulassen) in einem Bundesland (z. B. Bayern) ein Fortschritt sein, in einem anderen Bundesland (z. B. Nordrhein-Westfalen) jedoch ein Rückschritt. Wir achten bei der Beurteilung bildungspolitischer, insbesondere schulstruktureller Maßnahmen, darauf, dass sie dazu beitragen,

- die Idee der humanistischen demokratischen Gesellschaft für Ziele und Verfassung der Schule wirksam werden zu lassen,
- internationale Menschen- und Kinderrechte zu respektieren und zu realisieren,
- den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken,
- das Bildungsniveau für alle zu heben und den Anteil der Schulabsolventen ohne Abschluss zu reduzieren und damit die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der Herkunft zu reduzieren.

Das heißt für uns im Einzelnen:

- **Quantitative Zunahme:** dass die Zahl der Schüler/innen zunimmt, die eine integrative Schule besuchen.
- **Zeitliche Zunahme:** dass der zeitliche Umfang des Besuchs integrativer Schulen zunimmt, bis er die Pflichtschulzeit umfasst.
- **Vollständiges Bildungsangebot:** dass integrative Schulen ein vollständiges Bildungsangebot erhalten, also einschließlich des Weges zum Abitur.
- **Gleichwertige Bildungsangebote:** dass das Bildungsangebot, das zum Abitur führt, in integrativen Schulen und Gymnasien tatsächlich gleichwertig ist. Das bedeutet insbesondere
 - gleiche curriculare Vorgaben, einschl. gleicher Lernstandserhebungen und gleicher Prüfungsanforderungen,
 - gleiche Zugangsbedingungen zur Oberstufe,
 - gleiche Berechtigungen, die mit dem Abitur an integrativen Schulen und Gymnasien erworben werden,
 - die Zulässigkeit des verkürzten Durchlaufs zum Abitur auch in integrativen

Schulen (nicht jedoch die Verpflichtung dazu) (am besten durch Regelungen zum individuellen Durchlauf).

■ **Keine Benachteiligung integrativer**

Schulen: dass Schulen des gegliederten Systems, die sich zu integrativen Schulen entwickeln wollen, Unterstützung erfahren und nicht benachteiligt werden.

■ **Keine „Hilfsdienste“ für das gegliederte Schulwesen:**

dass solche Maßnahmen, an denen nur der gegliederte Teil des Schulsystems interessiert ist, nicht zu Lasten der integrativ arbeitenden Schulen gehen oder von integrativ arbeitenden Schulen geleistet werden müssen, z. B.

- die Erstellung von Gutachten über den Besuch der Schulart der Sekundarstufe durch die Grundschule,
- die Pflicht zur Aufnahme von Schülern, die von Schulen des gegliederten Systems aus Leistungsgründen verwiesen wurden.

■ **Gleiche Arbeitsbedingungen für Lehrer:**

dass Lehrer an integrativ arbeitenden Schulen gleiche Arbeitsbedingungen haben, gleichgültig aus welcher Schullaufbahn sie stammen, sowie gegenüber Lehrern an Gymnasien nicht benachteiligt sind, z. B.

- beim Gehalt,
- bei den Unterrichtsdeputaten,
- bei Beförderungen,

■ **Systemische Verankerung einer Pädagogik der Heterogenität:**

dass die Pädagogik der Heterogenität und der Respektierung der Individualität des Lernens systemisch verankert wird – z. B. durch Ressourcenzuweisung, Rechtsvorschriften und organisatorische Maßnahmen – u. a.

- in der Lehrerbildung (Ausbildung der 1. und 2. Phase, Fort- und Weiterbildung) einschließlich der Prüfungen,
- in der Lehrerbeurteilung,
- bei der Schulentwicklung,
- bei der inneren Organisation der Schulen, der Gestaltung des Lernens und der Durchführung schulischer Prüfungen,

- bei Schulinspektionen,
- bei der Tätigkeit von Beratungs- und Unterstützungsinstitutionen,
- bei der Tätigkeit der Schulaufsicht.

■ **Orientierung der Ressourcenzuweisung an Aufgaben:**

dass finanzielle, personelle und räumliche Ausstattungen der Schulen abhängig von den übernommenen bzw. übertragenen Aufgaben und ihrem pädagogischen Anspruch sind. In diesem Sinne pädagogisch anspruchsvoll sind für uns Aufgaben wie

- die Arbeit mit heterogenen Lerngruppen (statt mit homogenen),
- die Beschulung einer möglichst bevölkerungsrepräsentativen Schülerschaft (statt der Auslese Privilegierter),
- die Integration / Inklusion aller einschl. der Kinder mit Behinderungen (statt der exklusiven Schule),
- die Respektierung der Individualität des Lernens jedes Kindes und Jugendlichen als Grundlage der Lernorganisation (statt eines an Pensen und Gleichschritt orientierten Unterrichts),
- die präventive individuelle Förderung (statt des Sitzenlassens),
- die Wahrnehmung der Verantwortung für einmal aufgenommene Schüler (statt des Schulverweises wegen minderer Leistungen),
- die Gestaltung eines ganztägigen abwechslungsreichen Lern- und Lebensraumes (statt einer Häufung von verbindlichem Unterricht am Vormittag und unverbindlicher Freizeit am Nachmittag).

Die GGG bietet allen Personen und Institutionen in Schule, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Medien ihre Expertise an und fordert sie auf, sich gemeinsam für ein dem demokratischen Menschenbild verpflichtetes Schulsystem ohne Aussonderung einzusetzen. Die GGG ist eine Verbündete all jener, mit denen sie sich in dieser Zielsetzung einig weiß.

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 13.11.2010 ♦

BILDUNGS-POLITIK

JOACHIM LOHMANN

Ist mit Hamburg die gemeinsame Schule für alle gescheitert?

Das Scheitern der Primarschule in Hamburg ist eine schwere schulreformerische Niederlage. Jetzt die Gegner der Schulreform zu diffamieren ist wenig hilfreich. Wir Reformer sind vor allem für Misserfolge verantwortlich; denn wer reformieren will, verursacht Widerstände: diese sind bei einer Reform einzuplanen. Trotz beachtlicher strategischer Leistungen der Hamburger Schulreformer: Die Reformstrategie war zu ehrgeizig und die Aufklärung verbesserungsfähig. Es gibt keinen Grund, das Ziel der gemeinsamen Schule für alle aufzugeben, aber wir sollten bei Strategie und Taktik dazulernen. Um diese in den verschiedenen Bundesländern zu analysieren, macht die föderalistische Zersplitterung eine Begriffsklärung erforderlich.

■ Einerseits gibt es die zweigliedrige Mittelschul-Lösung: Bei dieser besteht die vertikale Schulstruktur der Sekundarstufe aus dem Gymnasium sowie einer Schulform, die zum mittleren Abschluss führt; daneben existieren in den genannten Ländern jeweils auch Gesamtschulen. Die Mittelschul-Lösung existiert in allen neuen Ländern sowie im Saarland. Weil jedes Land die neue Schulform unterschiedlich bezeichnet, wird diese um der besseren Verständlichkeit willen im Folgenden *Mittelschule* genannt.

■ Andererseits wird eine zweigliedrige Oberschul-Lösung eingeführt: Bei dieser Reform gibt es ein Nebeneinander von Gymnasium und einer Schulform,

die grundsätzlich auch zur Hochschulreife führt. Diese zweigliedrige Oberschul-Lösung wird in den drei Stadtstaaten rea-

lisiert und im Saarland ist sie geplant. Zwischenlösungen dazu gibt es in Rheinland-Pfalz, in dem neben einer Realschule plus, die zur Fachhochschulreife führt, noch die Gesamtschule und das Gymnasium existieren; sowie in Schleswig-Holstein, wo es zusätzlich noch eine Regionalschule gibt, die nur zum mittleren Abschluss führt. In Richtung auf eine zweigliedrige Oberschul-Lösung befinden sich auch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, in denen auf Antrag der Schulträger Haupt- und Realschulen zu Oberschulen bzw. Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden können. Da fast alle Länder unterschiedliche Begriffe für die neue Schulform verwenden, wird diese im Folgenden als Oberschule bezeichnet.

Bei der Definition bleibt das Förderschulwesen außen vor; denn die Inklusion sollte in der Primarstufe beginnen, müsste dann allerdings in der Sekundarstufe fortgesetzt werden.

Hamburger Schulreform war äußerst ehrgeizig

Die geplante Hamburger Schulreform gehörte zu den ehrgeizigsten pädagogischen Reformprojekten der Nachkriegszeit. Innerhalb einer Legislaturperiode wurde sie geplant, beschlossen und sollte sowohl im Primar- wie im Sekundarbereich I starten.

zweigliedrige Oberschul-Lösung		
	Namensgebung für Oberschule	weitere allg. Schulformen
Berlin	Integrierte Sekundarschule (ISS)	Gymnasium
Bremen	Oberschule	Gymnasium
Hamburg	Stadtteilschule	Gymnasium
Niedersachsen	Oberschule	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule
Nordrhein-Westfalen	Gemeinschaftsschule	Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule
Rheinland-Pfalz	Realschule plus, führt nur zur Fachhochschulreife	Gesamtschule, Gymnasium
Schleswig-Holstein	Gemeinschaftsschule	Gymnasium sowie eine Regionalschule, die nur zu mittleren Abschlüssen führt

zweigliedrige Mittelschul-Lösung		
	Namensgebung für Mittelschule	weitere allg. Schulformen
Brandenburg	Oberschule	Gesamtschule, Gymnasium
Mecklenburg-Vorpommern	regionale Schule	Gesamtschule, Gymnasium
Saarland	erweiterte Realschule	Gesamtschule, Gymnasium
Sachsen	Mittelschule	Gesamtschule, Gymnasium
Sachsen-Anhalt	Sekundarschule	Gesamtschule, Gymnasium
Thüringen	Regelschule	Gesamtschule, Gymnasium

Sie forderte jede allgemeine Schule organisatorisch, räumlich, sächlich und vor allem didaktisch heraus.

- Die Grundschulen sollten als Primarschulen zwei zusätzliche Schuljahre erhalten und häufig zusammengelegt werden. Gleichzeitig sollte die Didaktik reformiert, die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung verändert und Lehrkräfte der Sekundarstufe I in der Primarschule eingesetzt werden.
- Alle Schulen der Sekundarstufe I sollten zwei Schuljahre abgeben.
- Zeitgleich wird die zweigliedrige Oberschul-Lösung eingeführt: an die Stelle der Haupt- und Realschulen tritt die Oberschule – in Hamburg Stadtteilschule genannt –, die jeweils eine eigene gymnasiale Oberstufe erhält und zur Hochschulreife führt.
- Auch das Gymnasium – gerade auf acht Schuljahre reduziert – sollte zwei Schuljahre verlieren und auf die innerschulische Auslese verzichten. Als Ausgleich sollten die Gymnasien die Schüler/innen auswählen können und deshalb das Elternrecht eingeschränkt werden.
- Selbst die berufsbildenden Schulen – vor allem die Fachoberschulen und die beruflichen Gymnasien – sind betroffen, weil sie wegen des starken Ausbaus der gymnasialen Oberstufe mit geringeren Schülerzahlen rechnen müssen.

Mit dem Plebiszit leben

Die in der 3. Stufe des Volksbegehrens von allen Fraktionen getragene Schulreform ist am Plebiszit gescheitert. Die Niederlage war eindeutig: nur 44 % der sich Beteiligten stimmten für, aber 56 % gegen die sechsjährige Primarschule.

Viele Schulreformer sind resigniert: die gemeinsame Schule für alle lasse sich gegenüber einem Gymnasium nicht realisieren; denn fast die Hälfte der Grundschüler/innen besuchen diese Schulform und noch mehr Eltern wünschen sie für ihre Kinder. Mit dem Plebiszit könnte die Gymnasiaklientel jede weitergehende Schulreform ablehnen.

Richtig ist, dass das Schulgesetz ohne die Möglichkeit des Plebiszits wohl umgesetzt worden wäre und wahrscheinlich hätte es einen Regierungswechsel nach einer regulären Wahl überstanden.

So verständlich daher bei Reformanhängern die Emotionen gegen das Instrument des Plebiszits sind: plebiszitäre Elemente finden sich inzwischen in allen Landesverfassungen. Sind sie einmal eingeführt, lassen sie sich nicht mehr rückgängig machen, vielmehr werden sie eher ausgebaut. Denn das Vertrauen in die Organe der repräsentativen Demokratie und deren Entscheidungsfindung geht zurück. Der ARD-Deutschland-Trend von Oktober 2010 hält das Verhältnis der Bürger zur Politik sogar für zerrüttet. Bei stark umstrittenen Entscheidungen kann nur das Plebiszit Akzeptanz für eine Lösung finden. Das zeigt mehr als deutlich Stuttgart 21. Wer künftig Reformen will, sollte sich auf Plebiszite einstellen.

Schulreformen sind möglich – trotz Plebiszite

Trotz des plebiszitären Desasters – Schulreformen sind weiter möglich. Das zeigt gerade auch Hamburg. Denn der Hamburger Volksentscheid richtete sich einzig gegen die Primarschule. Die im gleichen Schulgesetz vorgesehene zweigliedrige Oberschul-Lösung tritt in Kraft. Die Volksinitiative hat die damit angestrebten gleichen Bildungschancen für die bisher benachteiligten Haupt- und Realschüler/innen nicht in Frage gestellt. Auch die zweigliedrigen Oberschul-Lösungen in Berlin und Bremen wie die behutsameren in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein führten zu keinem organisatorischen Widerstand der Gymnasial-Klientel.

Selbst die Realschul-Anhänger organisierten keinen Widerstand gegen die zweigliedrigen Oberschul-Lösungen in den genannten Ländern, obwohl diese Schulreform den gemeinsamen Unterricht von Realschüler/innen mit den vielfach diskriminierten Hauptschüler/vorsieht. Einzig in Schleswig-Holstein kam es zu einer Volksinitiative, die deutlich an der zweiten plebiszitären Hürde scheiterte.

Die Initiative wurde neben dem Realschul-Lehrerverband einzig von der FDP getragen. Der Landeselternbeirat der Realschulen war dagegen für die Oberschullösung, d. h. der gemeinsame Unterricht mit potentiellen Hauptschüler/innen ist realisierbar, sofern die ersetzende Schulform aufgewertet wird. Solidarische Lösungen sind durchsetzungsfähig, wenn man selbst nicht betroffen wird oder wenn mit ihm auch Vorteile für die bisher Privilegierteren verbunden sind.

Auch die Inklusion von Jugendlichen mit Behinderungen stieß bisher nicht auf nennenswerte Widerstände – abgesehen von einem Teil der Förderschul-Lehrkräfte. Zwar werden die Integrationsklassen zunächst auf freiwilliger Basis gebildet, doch erfreulicherweise melden Eltern – unter der Bedingung kleinerer Klassen und teilweise doppelten Lehrereinsatzes – ihre Kinder für dieses Modell an. In den Bundesländern Bremen und Schleswig-Holstein wird schon fast die Hälfte der Jugendlichen mit Behinderungen inklusiv beschult. Bremen geht noch darüber hinaus: die Eltern haben ab diesem Schuljahr das Recht, ihre Kinder mit Behinderungen an einer allgemeinen Schule einzuschulen, sofern es deren Ausstattung erlaubt, und jede Schule erhält rechtlich den Auftrag der sonderpädagogischen Förderung. Auch für diese Solidaritätslösung lassen sich bisher genügend Schulen – vor allem Grund-, Haupt- und Gesamtschulen – sowie die Öffentlichkeit gewinnen, so dass es zu keinem organisierten – und plebiszitären – Widerstand gekommen ist.

Partielle solidarische Lösungen lassen sich also in jüngerer Zeit im deutschen Bildungswesen durchsetzen. Auch die große solidarische Lösung – die gemeinsame Schule für alle – ist m. E. realisierbar, aber wir müssen die Bevölkerung in breiter Mehrheit mitnehmen, d. h. wir müssen umfassend aufzuklären versuchen und in Schritten vorangehen.

Umfassende Überzeugungsarbeit

Breiter Parteienkompromiss

Eine Schulstrukturreform ist bei einer politischen Konfrontation stark gefährdet.

Umfassendere schulische Reformen sind ohne die Einbeziehung der CDU fast unmöglich.

So ist bei der zweigliedrigen Oberschul-Lösung die CDU fast immer eingebunden worden:

- In Schleswig-Holstein gelang es der SPD, die CDU per Koalitionsvertrag zu einer zweigliedrigen Oberschul-Lösung mit dem Zugeständnis einer zusätzlichen Regionalschule zu gewinnen. Ohne die Zustimmung der CDU wäre in Schleswig-Holstein die Oberschul-Lösung missglückt.¹
- In Hamburg erreichten DIE GRÜNEN, dass die CDU die Primarschule sowie die Oberschul-Lösung mittrug.
- In Bremen akzeptierte die CDU die Oberschul-Lösung der rot-grünen Koalition auf Grund einer Vereinbarung über einen zehnjährigen Schulfrieden.
- In Berlin hatte sich die CDU zur Oberschul-Lösung bekannt, bevor sich die rot-rote Regierung zu dieser Reform entschloss.
- Nur in Rheinland-Pfalz verwirklicht die SPD-Regierung die vorsichtige Form der Oberschul-Lösung ohne die Zustimmung der CDU.

Aber es ist auch gefährlich, nicht die SPD einzubinden. Die SPD war bei der Oberschul-Lösung zumeist Koalitionspartner. Ausnahmen sind bisher das Saarland und Hamburg. Die saarländische Schulreform lässt sich nur mittels einer Verfassungsänderung verwirklichen, die noch der Zustimmung der SPD bedarf. So bleibt als einzige Ausnahme Hamburg. Dass die SPD nicht eingebunden war, wirkte sich erheblich auf die Position der Partei und auf die Einstellung ihrer Wählerschaft aus. So kritisierte sie vor allem die Umsetzung der Reform und verunsicherte damit einen Teil ihrer Wählerschaft, die wenigstens teilweise den Schulreformzielen nahe stand. Sie erst nach der zweiten Phase des Volksbegehrens zu beteiligen, kam zu spät: Für eine breite Überzeugung ihrer Mitglieder und Wähler reichte die Zeit aber nicht mehr aus.

Zeit für interne Überzeugungsarbeit

Es hat wenig Sinn, die Parteien breit einzubinden, ohne ihnen die Gelegenheit zur Aufklärung ihrer Basis zu geben – erst recht nicht, wenn die geplante Schulreform ein Koalitionskompromiss ist, der nicht im Einklang mit den Wahlprogrammen der Koalitionäre steht. Weder die geplante Primarschulverlängerung in Hamburg und im Saarland noch die zweigliedrige Oberschul-Lösung standen in den Wahlprogrammen der Koalitionsfraktionen. Mit der Primarschulverlängerung brach die CDU mit einem ihrer ideologischen Kernbestände im Nachkriegsdeutschland. DIE GRÜNEN hatten sich im Wahlkampf zur gemeinsamen Schule für alle bekannt und nicht die zweigliedrige Oberschul-Lösung als Zwischenschritt propagiert.

Sowohl die Preisgabe von jahrelangen ideologischen Positionen als auch die Aufgabe von Illusionen zugunsten einer Strategie der Zwischenschritte verunsichern die eigenen Parteimitglieder wie die jeweiligen Wähler, wenn dies direkt nach einer Wahl angesichts gegenteiliger Wahlkampfaussagen geschieht. Zur Regierungsfähigkeit gehört auch die Bereitschaft einer Partei zu Kompromissen, doch deren Umsetzung braucht Zeit für die Aufklärung der eigenen Klientel. Dasselbe gilt auch für Organisationen, die die Parteien in ihren Positionen gestützt haben. Auch sie brauchen genügend Zeit zur Überzeugung ihrer Mitglieder und Sympathisanten. In Schleswig-Holstein gab es zunächst erheblichen Widerstand gegen die Oberschul-Lösung innerhalb der CDU, die nur durch die damalige Standfestigkeit des Ministerpräsidenten überwunden wurde. Mit der schnellen Umsetzung der Reform in Hamburg kam es zu keiner Geschlossenheit in der CDU, vielmehr unterstützten Teile der CDU die Volksinitiative. Ebenso war ein Teil der GRÜNEN – aber auch der GEW und der GGG – nicht von einer Strategie der zweigliedrigen Oberschul-Lösung überzeugt, weil sie ihnen nicht weit genug ging.

Straße statt Gremien gewinnen

Ein für die gesellschaftlichen – wie für die politischen – Organisationen sehr kritischer



Joachim Lohmann

Punkt war der Adressat der Aufklärung. Die Schulverwaltung und ihre Unterstützer haben neben Wissenschaftlern und Repräsentanten in einem kaum für denkbar gehaltenen Maße Gremien wie Schulkonferenzen, Organisationen, Gewerkschaften und Teile der Wirtschaft als Unterstützer gewonnen. Doch deren Basis haben sie kaum erreicht, diese hat sich vielmehr gegenüber ihren Gremien emanzipiert. Umgekehrt hat die Volksinitiative vor allem auf die Straße gesetzt und dort mobilisiert. Die Bevölkerung – organisiert oder nicht – will die direkte Ansprache, nicht die Vermittlung durch Gremien.

Kein Feindbild schaffen

Reformer gewinnen keine Mehrheiten durch eine Dämonisierung des Gegners. Denn es reicht nicht, die Adressaten einer Reform zu aktivieren. Damit gewinnt man keinen Volksentscheid; denn das traditionelle und erst recht das prekäre Milieu ist eher resignativ und apolitisch, wie die Hamburger Wahlbeteiligung überdeutlich gemacht hat. Wir Reformer brauchen auch die Unterstützung aus bürgerlichen Kreisen. Dazu müssen wir Zweifler überzeugen. Wer in seiner Einstellung schwankt, der beschäftigt sich auch mit Positionen des Gegners. Werden diese diffamiert, identifiziert sich

der Gesprächspartner leicht mit ihnen. So überzeugt man nicht.²

Mit Werten überzeugen – sie nicht dem Gegner überlassen

Vorrangig muss die Botschaft überzeugen, nicht jedes Detail der Umsetzung – erst recht, wenn es zu einer Volksinitiative kommt. Dann darf deren Botschaft nicht positiver besetzt bleiben als die eigene. Die eigene sollte den Slogan der Gegner entlarven: ihnen nicht den usurpierten Wert überlassen, sondern ihn selbst positiv besetzen. In Hamburg hatte die Volksinitiative mit dem Slogan *Wir wollen lernen* den Begriff Lernen positiv für alle vereinnahmt, meinte aber, dass Kinder bildungsbewusster Eltern ungehindert lernen sollten – ohne Rücksicht auf Schwächere. Dieses Motto wurde durch die Botschaft der Schulreformer *Chancen für alle* kaum demaskiert. Die Reformer hätten den Gegnern den Anspruch des Lernen-Wollens nicht überlassen dürfen, denn gerade sie strebten an, dass alle mehr lernen und mehr lernen wollen. Sie hätten also den Begriff Lernen positiv verwenden und den Gegner moralisch ins Unrecht setzen sollen, z. B. mit der Botschaft *Wir lernen solidarisch*.

Strategie der Schritte

Nur einen Schritt auf einmal

Doch wir Reformer sollten uns nichts vormachen. Eine verbesserte Aufklärung allein hätte nicht zum Ziel geführt. Die Strategie der Hamburger Schulreform war überfrachtet. Die Reform hatte gleichzeitig drei große Ziele:

- die Umgestaltung der Grundschule zu einer sechsjährigen Primarschule,
- die Umwandlung von Haupt- und Realschulen zu einer Oberschule sowie
- eine Reform der Übergangs- und der innerschulischen Auslese des Gymnasiums.

Die Einschränkung des Elternrechts für den Gymnasialbesuch war sicher der größte Fehler, dessen Korrektur in der 3. Phase des Volksentscheides zu spät kam. Der dagegen

geweckte Widerstand übertrug sich nun voll auf die Primarschule.

Vorlaufphase für Modelle und Pioniere

Erschwerend für die Schulreform kam hinzu, dass ihr in Hamburg keine Modelle für die Primarschule wie für die Gymnasien ohne innerschulische Auslese vorausgingen. Denn am leichtesten kann man von Modellen im eigenen Land überzeugen. Beim Verweis auf Berlin hatte zunächst die Wissenschaft eine unrühmliche Rolle gespielt.

Bei der Umsetzung einer Reform ist eine zeitliche Streckung hilfreich. Schulen, die zur Reform bereit sind, belegen die Realisierbarkeit, verringern den Reformdruck und stehen für Gegenkampagnen nicht mehr zur Verfügung. In Bremen und in Rheinland-Pfalz ist man diesen Weg erfolgreich gegangen. In Schleswig-Holstein war zum Zeitpunkt der 2. Phase des Volksbegehrens schon ein erheblicher Teil der Realschulen freiwillig als Oberschule / Gemeinschaftsschule gestartet. In Hamburg kam die zeitliche Streckung erst sehr spät.

Bottom-up-Umsetzung

Der erstaunlichste Erfolg der Hamburger Schulverwaltung war die breite Reformzustimmung bei den Schulkonferenzen: alle Grundschulen und fast alle Haupt- und Realschulen stimmten trotz erheblicher Umstrukturierungen zu. Das galt auch für bauliche Veränderungen. Maßgeblich dafür war eine Schulentwicklungsplanung von unten: regionale Konferenzen schlugen Schulstrukturen vor, die fast alle von der Schulbehörde übernommen wurden. Das wurde möglich, weil der Senat in Ausbau und Renovierung von Schulgebäuden erheblich investierte.

Die finanzielle Großzügigkeit des Senats bewährte sich auch durch die Ausweisung von mehr Funktionsstellen: Dies erleichterte es den Schulleitungen, der Umstrukturierung und der Zusammenlegung ihrer Schulen zuzustimmen trotz des Wegfalls von Positionen.

Als nächstes die zweigliedrige Oberschul-Lösung

Hamburg sollte eine Lehre sein: wenn schon die Primarschule **zusammen** mit der

Oberschul-Lösung nicht in einem Schritt zu realisieren sind, dann erst recht nicht die gemeinsame Schule für alle.

Zwischenschritte sind deshalb m. E. erforderlich. Ein solcher Weg zeichnet sich bundesweit ab – die Zweigliedrigkeit:

- Bei der zweigliedrigen Mittelschul-Lösung mit Mittelschule und Gymnasium besteht in den fünf neuen Bundesländern sowie im Saarland. Sie gibt es nicht in reiner Form, sondern in jedem Bundesland gibt es zusätzlich noch Gesamtschulen.
- Die zweigliedrige Oberschul-Lösung wird in reiner Form in den drei Stadtstaaten eingeführt und im Saarland ist die Umwandlung der Mittelschul-Lösung zur Oberschul-Lösung laut Koalitionsvertrag vorgesehen. In Rheinland-Pfalz gibt es eine Variante zur Oberschul-Lösung mit Realschulen plus, die zur Fachhochschulreife führen, mit Gesamtschulen und Gymnasien. Schleswig-Holstein realisiert eine Mischform von Mittelschul- und Oberschul-Lösung. Die nordrhein-westfälische Landesregierung will viele der Haupt- und Realschulen auf freiwilliger Basis zu Oberschulen – neben den existierenden Gesamtschulen – umwandeln. Der jüngste Vorstoß zur Oberschul-Lösung kommt aus Niedersachsen: dort stellt die Landesregierung den Kommunen frei, Haupt- und Realschulen in Oberschulen umzuwandeln.

13 der 16 Bundesländer haben entweder schon die Zweigliedrigkeit oder befinden sich auf dem Weg zu dieser Schulstruktur. So verbleiben nur noch die drei Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, deren drei Kultusminister sich erneut – bis auf weiteres – auf die traditionelle Schulstruktur eingeschworen haben. Doch sie werden das Ende der Dreigliedrigkeit in Deutschland nicht mehr verhindern können.

Auch das deutsche Sonderschulwesen steht vor seiner Aufhebung. Kam die inklusive Beschulung seit Ende der 60er Jahre kaum voran, haben jetzt die UN-Konvention

und ihre Verabschiedung in Bundestag und Bundesrat der Inklusion einen mächtigen Impuls gegeben.

Faktisch hat sich innerhalb von 20 Jahren eine neue Schulstruktur in Deutschland durchgesetzt – zunächst nach der Wende in den neuen und in den letzten fünf Jahren in vielen alten Ländern. Die scharfe bildungspolitische Konfrontation – wie in den 70er Jahren – blieb aus.

Die jetzige doppelte Struktur der Zweigliedrigkeit wird nicht von Dauer sein. Die Mittelschul-Lösung kann dem ständig steigenden Bildungswillen nicht gerecht werden. Die Schüler/innen suchen verstärkt den Zugang zu Gymnasien und Gesamtschulen, die Mittelschule wird damit geringer frequentiert. Die neuen Länder sollten dem Beispiel des Saarlandes folgend ihre Mittelschulen in Oberschulen umwandeln.

Von der Oberschul-Lösung zur gemeinsamen Schule für alle

Die Oberschul-Lösung führt nicht von sich zur Gleichwertigkeit der Oberschule mit dem Gymnasium. Viele Maßnahmen dazu sind erforderlich:

Eine Gleichwertigkeit der beiden Schulformen setzt voraus, dass auch die Oberschule – wie das Gymnasium – nicht mehr mehrere Bildungsgänge, sondern nur noch den einen Bildungsgang zur Hochschulreife kennt, der allerdings – wie beim Gymnasium – auch den Haupt- und Realschulabschluss einschließt. Bisher ist nur das Bremer Schulgesetz so weit gegangen.

Damit ist die gleiche Attraktivität der beiden Schulformen noch nicht gegeben. So hängt das Ansehen der Oberschule auch davon ab, ob sie Gymnasiallehrer/innen für sich gewinnt. Diese machen ihren Einsatz von gleichen Arbeits-, Gehalts- und Aufstiegsbedingungen wie am Gymnasium abhängig. In Schleswig-Holstein z. B. ist diese Bedingung nicht gegeben. Gleichzeitig ist es auf Dauer unzumutbar, dass an der gleichen Schule Lehrkräfte verschiedener Laufbahnen mit unterschiedlicher Besoldung, Stundenverpflichtung und

Aufstiegschance unterrichten. Nur Bremen sieht eine einheitliche Lehrerbildung für die allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I und II vor.

Die organisatorischen Maßnahmen zur Konvergenz von Oberschulen an den Gymnasialstatus reichen allein nicht aus: Die Eltern müssen für eine anspruchsvolle Bildung und Ausbildung gewonnen werden. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedarf ist vorhanden, um möglichst alle Jugendlichen zur Hochschulreife und den weitaus größten Teil zum Hochschulabschluss zu führen. Zur Motivation fehlen den Oberschulen ein Teil der Schüler/innen von bildungsbewussten Eltern. Um die Jugendlichen aus weniger bildungsaufgeschlossenen Elternhäusern für anspruchsvolle Bildung und Ausbildung zu gewinnen, bedarf es intensiver Elternarbeit mit zusätzlichen Ressourcen für die Oberschule.

Viele Oberschulen werden zudem zusätzlichen Förderbedarf aus sozialen, ethnischen oder sonderpädagogischen Gründen haben, da das Gymnasium weiterhin durch die Auslese beim Übergang und innerschulisch bevorzugt ist. Die Oberschulen brauchen dafür zusätzliche Ressourcen. Sie sollten u. a. als Ganztagschulen geführt werden und aufs Engste mit der Sozial- und Jugendhilfe zusammenarbeiten.

Doch es reicht nicht, die Oberschulen auf ein Gymnasialniveau aufzuwerten und ihnen für ihre erschwerenden Ausgangsbedingungen zusätzliche Ressourcen zu geben. Wenn alle Schulformen auf die Hochschulreife ausgerichtet sind, kann sich nicht eine Schulform dagegen verschließen, bestimmte Schüler/innen nicht fördern zu können und diese entweder nicht aufzunehmen oder abzuschulen.

Abgeschulte Jugendliche sind eine der größten Belastungen für die aufnehmende Schule, denn sie gelten als gescheitert, nehmen sich selbst auch so wahr und müssen mühsam in einen neuen Schul- und Klassenverband integriert werden. Nicht umsonst wird in den Stadtstaaten die Schrägversetzung stark eingeschränkt und in Bremen sogar gesetzlich untersagt. Bremen belegt, dass

auch eine Humanisierung des Gymnasiums realisierbar ist.

Die eigentliche politische und gesellschaftliche Herausforderung der Oberschul-Lösung ist die Frage nach der Solidarität: Ist es vertretbar, dass einer Schulform – der Oberschule – mit gleichem Bildungsziel wie dem Gymnasium die sozialen, ethnischen und sonderpädagogischen Belastungen weitgehend einseitig aufgebürdet werden? Von der Schule erwarten wir, dass sie die zunehmende soziale Spaltung durch einen intergenerativen Bildungsaufstieg, der in den letzten Jahren rückläufig war, verringert, dass sie die in Deutschland besonders starke Bildungsbenachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund behebt und dass sie Schluss macht mit der Aussonderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Diese Aufgaben weitgehend nur einer der beiden Schulformen trotz gleicher Bildungsziele aufzubürden, ist unsolidarisch. Zudem wird der mögliche Umfang einer Chancengleichheit verfehlt. Denn die motivierten und leistungsstarken Kinder und Jugendlichen sind für die Leistungsentwicklung ihrer Mitschüler/innen in der Klasse von erheblicher Bedeutung. Bleibt eine Vorauslese bei einer Schulform erhalten, kann das die andere Schulform trotz Ausgleichsmaßnahmen nur teilweise wettmachen. Das zeigen u. a. die vielen gescheiterten Versuche, mit zusätzlichen Ressourcen und immer neuen Konzepten die Hauptschule aufzuwerten. Darf sich eine Gesellschaft das leisten, dass sich eine Schulform der Solidarverpflichtung entzieht und damit die leistungsstärkeren Schüler/innen nicht besser, diejenigen mit Benachteiligungen dafür aber schwächer gefördert werden? Aber ist es denn die Solidarverpflichtung für alle Schulen durchsetzbar?

Zwei Wege dahin sind denkbar:

- beim bürokratischen verliert das Gymnasium die Hoheit, ihre Schüler/innen auszuwählen,
- beim liberalen wird den Gymnasien ein angemessener Solidarbeitrag gegenüber Jugendlichen mit sozialem, ethnischem oder sonderpädagogischem Förderbedarf

vorgegeben, den Schulen wird das Konzept, seine Umsetzung und die Auswahl der Schüler/innen anheimgegeben.

Nach den Erfahrungen der Gesamtschulen hat es sich bewährt, dass Schulen auf Grund ihrer Einsichten, Fähigkeiten und Bedingungen ihr eigenständiges Profil entwickeln. Die Preisträgerschulen zeigen den großen Erfolg von Profilschulen bei gleichzeitig sehr unterschiedlichen Konzepten. Die Eigenständigkeit für Lösungen von politischen Vorgaben sollte für Oberschulen und Gymnasien erhalten bleiben. Mit überzeugenden Schritten kann man auch bei den Gymnasien eine solidarische Verantwortung für alle Schüler/innen durchsetzen. Die Politik sollte einzelne Gymnasien als Modellschulen für soziale, ethnische oder sonderpädagogische Integration gewinnen. Schon jetzt gibt es z. B. in Bremen Gymnasien mit I-Klassen für geistige Behinderungen.

Eine gesetzliche Auflage ist sicher der politisch und gesellschaftlich umstrittenste Schritt: Aufklärung und Strategie sind daher gefragt, aber der Schritt scheint gehbar, sofern den Schulen hinreichend Zeit gege-

ben wird, ein eigenständiges Umsetzungs-konzept zu entwickeln.

Dass ein Ansatz in diese Richtung schon jetzt verwirklicht werden kann, zeigen Berlin und Bremen. Hier können die Gymnasien bei zu vielen Anmeldungen den größten Teil ihrer Schüler/innen auswählen, der Rest wird per Los entschieden. Wegen der stark eingeschränkten Schrägversetzung sehen sich die Berliner wie die Bremer Gymnasien jetzt einem breiten Förderauftrag gegenüber.

Das Gymnasium hatte historisch innerhalb des vertikalen Schulaufbaus vier Strukturmerkmale: das Monopol auf die Zuerkennung der Studienberechtigung, das Monopol eines gymnasialen Bildungsganges und das Recht auf eine Übergangs- und eine innerschulische Auslese.

Mit der Oberschul-Lösung verliert das Gymnasium endgültig seinen Monopolanspruch auf den gymnasialen Bildungsgang und auf die Hochschulreife. Doch die Oberschul-Lösung führt nicht von sich aus zu einer Konvergenz von Oberschule und Gymnasium. Vielmehr muss um die Aufhebung eines in vielen Gesellschaftsbereichen verankerten Vertikalsystems gerungen werden. Aber die Beispiele der Stadtstaaten zeigen,

dass Konvergenz- und Ausgleichsstrategien durchsetzbar sind. Werden die vier Strukturmerkmale des Gymnasiums schrittweise überwunden, verbleiben dem Gymnasium noch der Name und das Ansehen.

Der Ausgang des Hamburger Volksentscheids dürfte die meisten Reformer überzeugt haben, dass die gemeinsame Schule für alle nicht in einem Schritt zu verwirklichen ist. Dagegen scheint sich die zweigliedrige Oberschul-Lösung durchzusetzen. Wie die vorangegangene Analyse aufzeigt, bedeutet sie nicht das Ende der Schulstrukturreform. Wer die Gleichwertigkeit von Oberschule und Gymnasium verwirklichen will, überwindet damit zentrale Strukturmerkmale eines vertikalen Schulsystems. Die gemeinsame Schule für alle wird damit realisierbar. ♦

Anmerkungen:

- 1 In der jetzigen CDU/FDP-Koalition versucht die FDP, die Oberschul-Lösung zu einer Mittelschul-Lösung umzufunktionieren, stößt allerdings auf vielfältigen Widerstand, auch bei CDU-geführten Kommunen.
- 2 Dazu als umfassendste Analyse des Hamburger Volksentscheides K. Edler, An die eigene Nase fassen, Hamburger Lehrerzeitung, Sept. 2010.

AUS DEN LÄNDERN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Ende der Eiszeit im Süden?

Als ich das erste Mal hörte, dass die Grünen und die Roten in Umfragen vor Schwarz-Gelb lagen, da hatte ich eine Vision: Das Ende der Eiszeit in BW! Ich stellte mir vor, wie die vor vielen Jahren unter einer Eiskecke versunkenen alten Gesamtschulen wieder auftauchten und wie Ötzi Zeugnis ablegten von einer fast vergessenen Episode aus der letzten Warmzeit der Bildungspolitik. Die drei in der 40-jährigen Abwehrschlacht gegen die anstürmenden Eismassen übriggebliebenen Gesamtschulen wurden nicht überrannt und ragten all die Zeit als

erratische Blöcke aus dem Eise heraus. Sie verdanken ihr Überleben auch eigentlich nur der Tatsache, dass sie wie Endmoränen am Rande des Eises lagen und die Schubkraft des großen zentralen Gletschers schon zu schwach war, um sie wegzuschieben. Sie verharrten dort in aller Einsamkeit und Isolation, wurden vom Eiszentrum weitgehend ignoriert und hatten weiters keine Aufgabe außer all die kleinen, von der kaltzeitlichen Gesellschaft ausgeschwemmten, unbeachteten Steinchen sowie Sandkörner zu sammeln und vor der Wucht des Eises zu schützen. Jetzt zog sich das Eis zurück, die Wiesen erblühten in verschiedenen fein abgestuften Tönen von Grün und Rot. Die Ruinen der alten Gesamtschulen tauchten

wieder auf. Wie Krokusse und Schneeglöckchen sprossen dazwischen aber völlig neue, bunte Pflänzchen pädagogischen Treibens in den lauen Frühlingshimmel. Das Land atmete auf.

Sind das nur Phantasien eines alten Erdkundelehrers?

Keineswegs! All das kann tatsächlich passieren, wenn am 27.03.2011 in BW gewählt wird. Die Zeichen stehen auf Frühling und die Ampeln eher auf Grün als auf Rot.

Meine Prognose ist, dass die derzeitige schwarz-gelbe Koalition nicht mehr weitermachen kann. Selbst wenn die seit über 50 Jahren regierende CDU noch einmal die relative Mehrheit erhalten würde, müsste ein größerer Partner als die FDP für eine Regierungsmehrheit sorgen. Wer es auch immer sein wird – SPD, GRÜNE und LINKE wollen unisono regionale Schulversuche un-

terstützen, die sich das längere gemeinsame Lernen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Viele Gemeinden und Städte stehen in den Startlöchern und warten auf „grünes“ Licht aus Stuttgart. Die Anträge liegen in der Schublade oder befinden sich im Stadium fortgeschrittener Planung.

Auch meine Heimatstadt Mannheim wartet darauf, einen Antrag auf Genehmigung einer zweiten Gesamtschule in der Stadt mit Aussicht auf Erfolg nach Stuttgart senden zu können.

Warum sollte die allgemeine Klimaerwärmung nicht auch mal auf die politischen Verhältnisse im Süden durchschlagen?

JÜRGEN LEONHARDT

BREMEN

Was ist die Bürgerschule?

In Bremen läuft z. Zt. eine Debatte über sogenannte Bürgerschulen. Der *Paritätische Wohlfahrtsverband Bremen* hat die Diskussion angestoßen, an der sich mittlerweile einzelne Schulleiter und auch die bildungspolitische Sprecherin der GRÜNEN unterstützend eingemischt haben. Der *Paritätische Wohlfahrtsverband* fordert in einem Positionspapier die Einrichtung von Schulen in freier Trägerschaft, um mehr „Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, die Schullandschaft zu bereichern und Eltern neue Wahlmöglichkeiten zu bieten.“ Diese freien Schulen – Bürgerschulen genannt – sollen selbst über Schulprofil, Personal und Einsatz von Ressourcen entscheiden, der Staat soll Bildungsziele setzen, finanzieren und kontrollieren.

Es soll ein Bruch mit der vom Beamtentum geprägten, zentral gesteuerten Schule in der Tradition der preußischen Obrigkeit herbeigeführt werden, äußern sich einige Schulleiterin die gleiche Richtung. Sie fordern mehr Eigenverantwortlichkeit bei der Gestaltung von Unterricht, um der jeweiligen Schülerklientel im Stadtteil gerecht zu werden. Solche Prozesse vor Ort könne die Behörde nicht organisieren.

Nach Vorstellungen des *Paritätischen Wohlfahrtsverbandes* könnte 2012 die erste Schule „in Form eines Eigenbetriebs“ in die Eigenständigkeit entlassen werden. Auch die bildungspolitische Sprecherin der GRÜNEN kann diesen Vorstellungen Positives abgewinnen.

Unsere Haltung ist eher skeptisch und ablehnend gegenüber jeglicher Form von Privatisierung der Schule, denn auch die staatliche Schule bietet genügend Möglichkeiten der autonomen Impulsgebung für die Gestaltung von Unterricht und Schulleben.

KARLHEINZ KOKE

HAMBURG

Der erfolglose Versuch, durch einen Volksentscheid die Einführung der 6-jährigen Primarschule zu erreichen, hat diverse Konsequenzen nach sich gezogen: Nach wie vor werden die Kinder nach Klasse 4 sortiert, jetzt neuerdings auf die zwei Säulen *Stadtteilschule* und *Gymnasium*. Weil die schwarz-grüne Regierung keinen Plan B hatte, musste die Reorganisation schnellstens zum Schuljahresbeginn erfolgen. Sollte es vor dem Entscheid Primarschulstandorte mit 6 Jahrgängen sowie Stadtteilschulen von Klasse 7 bis 10/13 und Gymnasien von 7 bis 12 geben, mit all den Konsequenzen für die Schulgrößen und Raumorganisationen, so gibt es jetzt wieder nur noch 4 Jahre Grundschule und die beiden weiterführenden Schulformen (ab Klasse 5 bis 10/13 bzw. 12). Entsprechend schwierig war der Start ins neue Schuljahr, z. B. mussten schon zuvor designierte Primarschulen mit den neuen Leitungsmitgliedern wieder zurückgeführt werden, was für die Leitungen große Verunsicherungen bedeutete.

Die zu Stadtteilschulen umgewandelten Gesamtschulen, Haupt- und Realschulen und Aufbau-Gymnasien (nach der Beobachtungsstufe und nach Klasse 10 beginnend) haben ihre erste Bewährungsprobe hinter sich. Jede Stadtteilschule wird eine eigene Oberstufe haben, auch wenn an einigen wenigen Standorten die Oberstufen erst auf

dem Weg sind. Dabei sind auch zweizügige Oberstufen und Oberstufen im Verbund. Leider hat die Behörde die innere Konzeption der Stadtteilschule sehr spät bzw. zu spät begonnen, so dass bestimmte zeitaufwändige Einarbeitungsprozesse gerade der ehemaligen HR-Standorte unter immensem Druck stattfanden.

Der durch die GAL eingeleitete Bruch der schwarz-grünen Koalition hat dies noch erschwert, denn jetzt hat der neue CDU-Bildungsminister Wersich noch schnell verfügt, die Grundschulgutachten mit Gymnasial-Stempel für bevorzugte Kinder zu versehen. Damit läuft die Stadtteilschule Gefahr, zur zertifizierten Schule zweiter Klasse zu werden. Die Anmelderunde ab 01.02.2011 wird es möglicherweise bestätigen. Am 20.02.2011 werden die Hamburger wieder zur Wahlurne geschritten sein – übrigens mit sehr schlechten Prognosen für die CDU. Und: kaum eine Partei traut sich noch, sich klar und deutlich für längeres gemeinsames Lernen auszusprechen.

ULRIKE KIDAS-ANDRESEN

HESSEN

Die GGG Hessen blickt auf ein aktives Verbandsjahr zurück und beginnt 2011 gleichermaßen engagiert. Bei unseren Veranstaltungen halten sich gemeinsame Weiterentwicklung unserer Schulen und Fortbildung die Waage.

Gemäß dem Anspruch, das Lernen stärker für den individuellen Lernfortschritt auszurichten, haben wir auch unsere Veranstaltungsreihe *Vom Lehrer an einer Gesamtschule zum Gesamtschullehrer* verändert. Schon in der Organisationsform berücksichtigen wir die individuelle Ausgangslage – und unterteilen die Reihe in wenige Pflichtveranstaltungen und zahlreiche Wahlangebote. Diese Form wird gut angenommen und deckt sich auch mit den inhaltlichen Schwerpunkten. So begleitet das Thema *Lernjournal* durch die gesamte Fortbildungsreihe. Mit einer Auftaktveranstaltung zur Kompetenzorientierung (Udo Klinger, Speyer) wurde auch

hier ein Schwerpunkt aufgegriffen, der in den folgenden Fachveranstaltungen vertieft wird. Insgesamt 45 Teilnehmer/innen aus dem Rhein-Main-Gebiet nehmen an den beiden Qualifizierungsreihen teil.

Die Reihe *Die Zukunft gehört den Neuen* tagt am 12.03.2011 zum Thema *Überzeugendes Auftreten*. Der Fokus der gesamten Reihe liegt auf Selbstwahrnehmung und Selbstveränderung.

Wahrnehmen der eigenen Haltungen, verändern der eigenen Lehrerrolle ist auch immer wieder zentrale Frage für die Fortbildung in Beatenberg. Sie findet zum 12. Mal Anfang Februar statt. Die nächste Möglichkeit, sich mit individuellem Lernen vertraut zu machen, bietet die GGG Hessen dann im Herbst – wieder offen für alle Interessierten.

Die große Frühjahrstagung 2011, die traditionell am ersten Samstag im März stattfindet, heißt „Leistungsmessung im individuellen Lernen“. Die GGG Hessen knüpft damit an die Themen der letzten Jahre an – die Ausrichtung des Blicks auf das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen. Als Referent konnte Matthias von Saldern (Leuphana Universität Lüneburg) gewonnen werden. Tagungsort ist die Helene-Lange-Schule Wiesbaden, Trägerin des Deutschen Schulpreises. Und ebenso traditionell treffen sich die reformorientierten Schulleiter/innen am Tag vor dem Gesamtschultag und wollen sich dieses Mal wieder intensiv mit der *Selbstständigen Schule* befassen.

Dagegen erscheint die bildungspolitische Situation zu eben diesem Thema weniger ermutigend. Die Entwicklung der selbstständigen Schule ist zwar in aller Munde, geht aber mehr als schleppend voran, die Diskussion beschränkt sich eher auf Budgetfragen. Hierbei wird leider wieder einmal ein Sparpaket gleichzeitig mit einem Reformansatz verknüpft – so leidet die Motivation derer, die das Projekt *Selbstständige Schule* angehen sollten, die inhaltlichen Ziele treten in den Hintergrund. Die Hessischen Kerncurricula sollen ab August 2011 verbindlich sein; auch hier ist intendiert, mehr Freiraum bei der Gestaltung von Lernprozessen zu gewähren.

Doch so viel Selbstständigkeit, dass Schulen mit Zustimmung des Schulträgers entscheiden können, wenn sie als IGS arbeiten wollen, ist dann leider im Kultusministerium nicht gewünscht. Zwei Schulen, die sich kürzlich zu IGSn umwandeln wollten und vom Schulträger unterstützt wurden, erhielten Ablehnungen für ihren Weg der Weiterentwicklung aus dem Ministerium. Diese Entscheidung ist nur politisch zu verstehen, inhaltlich ist der Weg des individuellen Lernens in einer Schule für alle weiter zu verfolgen.

Der Landesvorstand arbeitet an einem Papier zur Inklusion. Wir suchen hier die Kontakte zu unseren langjährigen und auch zu neuen Kooperationspartnern. Als Verband, der das gemeinsame Lernen in den Mittelpunkt der Arbeit stellt und die Ausrichtung des Lernens auf den individuellen Lernfortschritt als Notwendigkeit ansieht, sehen wir schon im Grundsatz viele Anknüpfungspunkte.

GABI ZIMMERER

NIEDERSACHSEN

Erfolgsmodell Gesamtschule

Seit dem Jahr 2004, in dem in Niedersachsen die Orientierungsstufe abgeschafft wurde, werden durch die Grundschulen Schullaufbahneempfehlungen für die Viertklässler erstellt. So waren die Integrierten Gesamtschulen im Sommer 2010 erstmals in der Lage zu vergleichen, welcher Schulabschluss am Ende der 4. Klasse prognostiziert bzw. für welche Schulform das Kind als geeignet erachtet wurde und welchen Mittleren Bildungsabschluss es am Ende der 10. Klasse tatsächlich erreichte. Diese Daten hat die GGG landesweit in den Integrierten Gesamtschulen erhoben und ausgewertet.

Die Auswertung zeigte deutlich, dass in den integrierten Gesamtschulen eine Leistungsförderung stattfindet: So haben unter Einbezug der landesweit einheitlichen, zentralen Abschlussprüfungen im Schnitt

Vergleich der Sek-I-Abschlüsse 2010 mit den Grundschulempfehlungen an den Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen

Landesschulbehörde	Empf. in %	Abschlüsse in %	Tendenz der Abschlüsse insgesamt
Braunschweig	HS 32 %	HSA 15,5 %	Abschluss verbessert insgesamt 41 %
	RS 37 %	RSA 27 %	Abschluss gleich insgesamt 53 %
	GY 31 %	ESAI 57 % o.A. 0,5 %	Abschluss verschlechtert insgesamt 6 %
Hannover	HS 28 %	HSA 11 %	Abschluss verbessert insgesamt 51%
	RS 53 %	RSA 31 %	Abschluss gleich insgesamt 42%
	GY 19 %	ESAI 56 % o. A. 2 %	Abschluss verschlechtert insgesamt 7%
Lüneburg	(bei einer IGS keine statistisch relevanten Daten)		
Osnabrück	HS 25 %	HSA 16 %	Abschluss verbessert insgesamt 37 %
	RS 45 %	RSA 29 %	Abschluss gleich insgesamt 55 %
	GY 30 %	ESAI 54,7 % o. A. 0,3 %	Abschluss verschlechtert insgesamt 8 %
Niedersachsen	HS 27 %	HSA 15 %	Abschluss verbessert insgesamt 42 %
	RS 45 %	RSA 29 %	Abschluss gleich insgesamt 51 %
	GY 28 %	ESAI 55 % o. A. 0,9%	Abschluss verschlechtert insgesamt 7 %

(HSA = Hauptschulabschluss; RSA = Realschulabschluss; ESAI = Erweiterter Sekundarabschluss I)

55 % der Schüler/innen den Erweiterten Sekundarabschluss I und damit die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe erreicht, wobei im Landesschnitt nur 28 % der 2004 aufgenommenen Schüler/innen eine Gymnasialempfehlung hatten. 27 % der Kinder brachten eine Hauptschulempfehlung mit, die Quote der Hauptschulabschlüsse lag aber nur bei 15 %.

Weit unter dem Landesschnitt lag mit 0,9 % auch im Jahr 2010 die Quote der Schüler/innen ohne Schulabschluss. Den prognostizierten Schulabschluss erreichten etwas über die Hälfte der Schüler/innen; 42 % aller Schüler/innen konnten einen höherwertigen Schulabschluss erreichen, als ihnen am Ende der 4. Klasse zugetraut wurde.

Die Auswertung zeigt deutlich, dass die integrierten Gesamtschulen Niedersachsens ihre Schüler/innen zu Schulleistungen befähigen, die ihnen zu einem großen Teil bessere Schulabschlüsse am Ende der Sekundarstufe I ermöglichen, als ihnen sechs Jahre zuvor in den Grundschulen prognostiziert wurde. Die Gesamtschulen haben damit bewiesen, dass nicht nur behauptet werden kann, in den integrierten Systemen sei eine positive Lern- und Leistungsentwicklung möglich, sondern dass diese tatsächlich auch stattfindet. Die Legende vom „begabungsgerechten“ dreigliedrigen Schulsystem, die besagt, dass die Schüler/innen am Ende ihrer Grundschulzeit „begabungsgerecht“ auf drei Schulformen verteilt werden können, ist damit deutlich widerlegt.

SUSANNE PAVLIDIS

NRW

Landeskongress zum Thema Inklusion

Das gemeinsame Leben und Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung gehört zumindest seit der Unterschrift der deutschen Bundesregierung unter die UN-Menschenrechtskonvention im Jahr 2009 zum Pflichtkanon des deutschen Schulwesens, stellt also keine Kür dar für diese Aufgabe freiwillig akzeptierende

einzelne Schulen bzw. einzelne Schulformen. Die GGG, die sich mit der Gesamtschule selbstverständlich dieser Aufgabe stellt, diskutiert nun nicht mehr das *Ob* (also das grundsätzliche Pro und Kontra), sondern das *Wie* der Umsetzung von Inklusion: Wie gestaltet sich der gemeinsame Unterricht an den Schulen? Welche Strukturen sind nützlich, welche eher hinderlich? Wie wird der sonderpädagogische Förderbedarf auch personell gedeckt? Welche Voraussetzungen – auch seitens des Schulträgers – waren bzw. sind gegeben? Welche Voraussetzungen sind notwendig?

Auf der Suche nach praktischen Beispielen entdeckten wir, dass 40 Gesamtschulen bereits gemeinsamen Unterricht praktizieren. In der Gesamtschule Essen-Bockmühle fanden wir eine Gesamtschule, die Inklusion konzeptionell umsetzen, ihr Kollegium mit den Erfahrungen anderer Schulen mit Gemeinsamen Unterricht bekannt machen will und sich gern als Gastgeber für unseren Landeskongress zur Verfügung stellte.

In seiner Begrüßung hob Werner Kerski hervor, dass die GGG NRW für ihren Kongress mit dem Motto *Gesamtschule – eine Schule für alle* das richtige Thema gewählt hatte, ersichtlich auch schon an der erfreulich hohen Teilnehmerzahl von mehr als 270 Personen. Die Gesamtschule hat als nicht selektierende Schulform für die Inklusion schon früh Impulse gegeben: So diskutierte eine Arbeitsgruppe auf dem Landeskongress im Juni 1971 mit Prof. Preuss-Lausitz mit dem Thema *Lernschwierigkeiten und Verhaltensstörungen in der Gesamtschule* die Überwindung der Förderschule und die Bemühungen der Gesamtschule, inklusiv zu arbeiten. Als Hauptredner des Kongresses knüpfte Prof. Preuss-Lausitz an diese Erfahrung an, stellte den langen Diskussionsweg bis zur UN-Konvention dar und endete mit klaren Forderungen, an die das Gelingen der Inklusion gebunden ist. In einem kurzen Grußwort stellte die neue Schulministerin, Frau Silvia Löhrmann, unmissverständlich dar, dass die Umsetzung der Inklusion zu den vorrangigen Zielen der Schulpolitik der neuen Landesregierung gehört.

Die junge Bildungswissenschaftlerin der Universität Köln, Frau Bettina Amrhein, rundete mit ihrem Referat den Kongress ab, indem sie deutlich machte, dass die Inklusion nur gelingen kann, wenn sich das Bewusstsein der Lehrer/innen in diese Richtung verändert.

Der gastgebende Schulleiter Klaus Prepens ordnete den Kongress als wichtige schulinterne Lehrerfortbildung ein, die auch die Fragen nach den notwendigen Ressourcen, der Unterstützung sowie der persönlichen Befindlichkeiten beachten müsse.

ROLAND SCHIEFELBEIN

SAARLAND

„Das öffentliche Schulwesen besteht aus Grundschulen, Schulen für Behinderte, Erweiterte Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen.“

(Artikel 27, Absatz 3)

Damit haben Schulformen im Saarland Verfassungsrang.

Gegenwärtig sucht die Jamaika-Koalition unter Führung des ehemaligen GEW-Vorsitzenden und GRÜNEN-Politikers Klaus Kessler nach einer Zweidrittelmehrheit für die Streichung von „Erweiterte Realschule“ und „Gesamtschule“. Stattdessen soll „Gemeinschaftsschule“ gesetzt werden.

Der Koalition genügt die Zustimmung einer der beiden Oppositionsparteien LINKE bzw. SPD zur verfassungsändernden Mehrheit. Das ist wichtig zu wissen, weil die SPD am 26.01.2011 die Gespräche mit der Landesregierung abgebrochen hat. DIE LINKE prüft noch.

Das sind die Knackpunkte:

1. Die Regierung verspricht Gleichwertigkeit der beiden Schulformen Gemeinschaftsschule und Gymnasium

Das Versprechen bezieht sich vor allem auf das Angebot einer gymnasialen Oberstufe der Gemeinschaftsschule. De facto das Abiturprivileg des Gymnasiums bereits jetzt dadurch gebrochen, dass die Gesamtschulen die allgemeine Hochschulreife vergeben, doch nicht de jure. Die Klassengröße, das

ist der öffentlich diskutierte Knackpunkt, soll für beide Schulformen gesenkt werden. In Rede stehen Zahlen wie 24 bzw. 25. Gültig bleiben soll jedoch 29 als Klassenteiler. Das war ein entscheidendes Datum für den Rückzug der SPD.

Zur Differenzierung: Die Regierung will die Entscheidung der Schulkonferenzen akzeptieren, wenn nach KMK-Vereinbarung oder weitergehend differenziert wird. Nicht nur die SPD sieht hierin einen Widerspruch zur Individualisierungsforderung.

Dem Anspruch auf Gleichwertigkeit dadurch einzulösen, dass die Gemeinschaftsschule mehr personelle und finanzielle Ressourcen erhält, weil viele ihrer Schüler/innen besonderer Unterstützung bedürfen, wird nicht Rechnung getragen. Keine Privilegien für die Gemeinschaftsschule lautet das Credo der Ministerpräsidenten.

2. Der Bildungsminister legt keine Planungsdaten vor.

Im Saarland verlassen 31,2% (Schuljahr 08/09) die Schule mit dem Hauptschulabschluss nach dem 9. Schuljahr. Hier belegt das Saarland den letzten bei der Abiturientenquote Rang 10 ein (27,0%) im Ländervergleich ein. Eine Landesregierung verweigert die Auskunft darüber, wo das Saarland im nationalen und internationalen Vergleich in etwa 8 Jahren stehen soll.

Einen Landesschulentwicklungsplan sowie belastbare Aussagen über die Verwendung

der nicht unerheblichen sog. Bildungsrendite haben weder die Parlamentarier noch die Öffentlichkeit erhalten. Die Befürchtung, dass Schulen geschlossen und frei werdende Haushaltsmittel zum Schuldenabbau genutzt werden, ist nicht unbegründet. Die Gehälter für Referendare wurden bereits gekürzt.

Im Landesvorstand der GGG verfestigt sich die Auffassung,

1. dass die Koalition eine Schulreform nach Kassenlage – „Schmalhans wird Gemeinschafts-Schulmeister“ – durchziehen will.
2. dass Schulschließungen vorgesehen sind. („Erweiterte Realschulen“ wären dann nicht betroffen, wenn Gemeinschaftsschulen eingerichtet sind. Das bewahrt die CDU vor dem für sie blamablen Eingeständnis, dass die Gesamtschule deutlich mehr Zuspruch findet.)
3. dass der Landtag einem Schulsystem zustimmen soll, ohne über verlässliche Daten zu verfügen.
4. dass Inklusion noch lange nicht auf der Tagesordnung steht.

Das Ziel des GGG-LV Saarland bleibt die inklusive Schule. Das Saarland wird diesem Ziel mit dieser Landesregierung nicht wirklich näherkommen. Wir werden jedoch mit vielen anderen heftig dafür streiten.

KLAUS WINKEL

TERMINE

05.03.2011

GGG-Hessen
Gesamtschultag
Helene-Lange-Schule, Wiesbaden

26.03.2011

GGG-Bund
BAG-Lernkultur
Hamburg

01.04.2011

GGG-Bund
BAG Vorbereitung Bundeskongress
Hildesheim

01. bis 02.04.2011

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptausschuss
Hildesheim

09.04.2011

GGG-Mecklenburg-Vorpommern
Gesamtschultag MV
IGS „Vier Tore“ Neubrandenburg

14.04.2011

GGG-Bremen und GEW-Bremen
2. Oberschultag
Konsul-Hackfeld-Haus, Bremen

01. bis 03.06.2011

GGG-Bund, GEW, GSV
Himmelfahrtstreffen
voraussichtlich Raum Frankfurt

30.6. bis 01.07.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Stedesdorf

24.08.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Bremen

16. bis 18.09.2011

GGG-Bund
32. Bundeskongress
Robert-Bosch-GS, Hildesheim

11. bis 12.11.2010

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptausschuss
voraussichtlich Hildesheim

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft:

Heinrich-Nordhoff-Gesamtschule (Eintritt 01.01.1971)
Senator für Bildung Berlin (10.02.1971)
Renate Kühne (11.02.1971)
Stadt Garbsen (12.02.1971)
Rainer Brockmeyer (15.02.1971)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Ursula Helmke 15.01.1936
Elsbeth Maass 19.02.1936
Klaus-Georg Baus 28.02.1936
Manfred Hauptmeier 29.05.1936

KOMMENTAR



Es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem

Susanne Thurns Beitrag zum 85. Geburtstag Hartmut von Hentigs im vorigen GGG-Journal hat Anstoß erregt, nicht weil sie seine Verdienste gewürdigt hat, sondern weil kein Wort der Kritik an seiner Haltung im Zusammenhang mit den Fällen sexuellen Missbrauchs an der Odenwaldschule vorkommt. Zweifel an der Position der Journal-Redaktion, eventuell des Bundesvorstandes, liegen in der Luft. Hinweise haben uns erreicht, als mögliche Konsequenz den Austritt aus der GGG zu erwägen.

Das ist Anlass, etwas zum Thema, den Auswirkungen auf die bildungspolitisch-pädagogische Diskussion, den Umgang mit Stellungnahmen und zu Austrittsgründen zu sagen.

Nach der Aufdeckung der Missbrauchsfälle im Canisius-Kolleg und anderen kirchlichen Einrichtungen kamen die Vorfälle an der Odenwaldschule ans Tageslicht. Waren diese an sich schon skandalös, so zeigt die noch immer andauernde Auseinandersetzung über die Anerkennung der Opfer, dass gerade das unmittelbare Umfeld der Täter die Ungeheuerlichkeit der Vorkommnisse nicht erkannt hatte und hat. Leider gehören auch die relativierenden Äußerungen Hartmut von Hentigs über seinen Freund Gerold Becker hierzu.

Hier haben Lehrer systematisch ihre berufliche Position, ihr gesellschaftliches Ansehen und das in sie gesetzte Vertrauen

missbraucht. Man vergegenwärtige sich Merkmale dieses Tuns: die Verbindung der Täter untereinander, die Ausnutzung der besonderen Nähe eines Internats sowie des Vertrauens und der Unerfahrenheit der betroffenen Kinder, die Gleichgültigkeit ihrem weiteren Schicksal gegenüber und die bedrückende Anzahl der Fälle.

Besonders ärgerlich ist, dass dies hinter der Fassade reformpädagogischer Idee und Praxis geschah, ja dass die Täter – wie wir jetzt wissen, vermeintlich – als reformpädagogische Vorbilder galten. Ihr Verhalten steht im krassen Gegensatz zum Menschenbild der Reformpädagogik: der Respektierung des Kindes und seiner Unversehrtheit. Sie bringen die von ihnen in Anspruch genommene Pädagogik in Misskredit und fügen ihr schweren Schaden zu. Und von interessierter Seite wird mit der Begründung der missbräuchlichen Ausnutzung der notwendigen Nähe von Schülern und Lehrern die Praxis erfolgreicher integrativ arbeitender Schulen diffamiert.

Das alles ist bereits in der Öffentlichkeit vielfältig dargestellt und diskutiert worden.

Als der Kalender Hartmut von Hentigs Geburtstag ankündigte, war von den Vorgängen in der Odenwaldschule noch nichts in der Öffentlichkeit bekannt. Die Wahl für das Verfassen einer Würdigung fiel auf Susanne Thurn: Sie ist seit vielen Jahren Leiterin der Laborschule in Bielefeld, damit von

Hentigs Nachfolgerin in einem seiner wichtigsten Projekte und kennt ihn gut. Als die Redaktion kurz vor Redaktionsschluss über ihren Artikel gesprochen hat, ist durchaus präsent gewesen, dass zwar nichts darin stand, was zu korrigieren war, er aber die Haltung von Hentigs zu den Vorkommnissen an der Odenwaldschule nicht thematisiert. Nun ist das GGG-Journal kein Verlautbarungsorgan des Redaktionsteams oder gar des Vorstandes; die Beiträge dürfen und sollen abweichende Positionen einnehmen und werden von den Autor/inn/en verantwortet. Also stellen die veröffentlichten Beiträge auch nicht automatisch die Haltung von Redaktion oder Vorstand dar. Wenn es erforderlich erscheint, die Nichtübereinstimmung zu thematisieren, so kann dies z. B. durch eine distanzierende Bemerkung im Editorial „Vorab bemerkt“ erfolgen. So geschah es auch in diesem Fall.

Die Handlungsweise der Redaktion bzw. des Vorstandes kann man trotzdem für nicht ausreichend, ja für falsch halten. Ich kann jedoch nicht ohne weiteres nachvollziehen, deshalb unserer Organisation eventuell den Rücken zu kehren. Wir standen noch immer dafür, Konflikte offen und solidarisch auszutragen, dadurch die GGG konfliktfähig zu halten und die Kräfte zu bündeln und zu stärken, die sich einbringen für eine kinderwürdige gemeinsame Schule für alle.